

Von Berlin nach Berlin

Politische Denk- und Handlungsmuster in Hohenlohe zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik*

VON PETER EXNER

„Bonn ist nicht Weimar“¹ – dieses Credo der deutschen Nachkriegsgesellschaft war nicht nur eine Selbstbestätigung der jungen Bundesrepublik, sondern auch eine bewusste Abgrenzung gegenüber der gescheiterten ersten Demokratie. „Bonn ist nicht Weimar“ – und mit gewachsenem demokratischem Selbstbewusstsein dürfen wir ergänzen: Berlin ist nicht Weimar. Was aber macht die zweite Republik erfolgreicher als die erste? Was unterschied die Bonner bzw. Berliner Demokratie von der Weimarer Vorgängerin, obwohl die Voraussetzungen 1945 – materiell wie moralisch – weitaus ungünstiger und schwieriger waren als 1918?

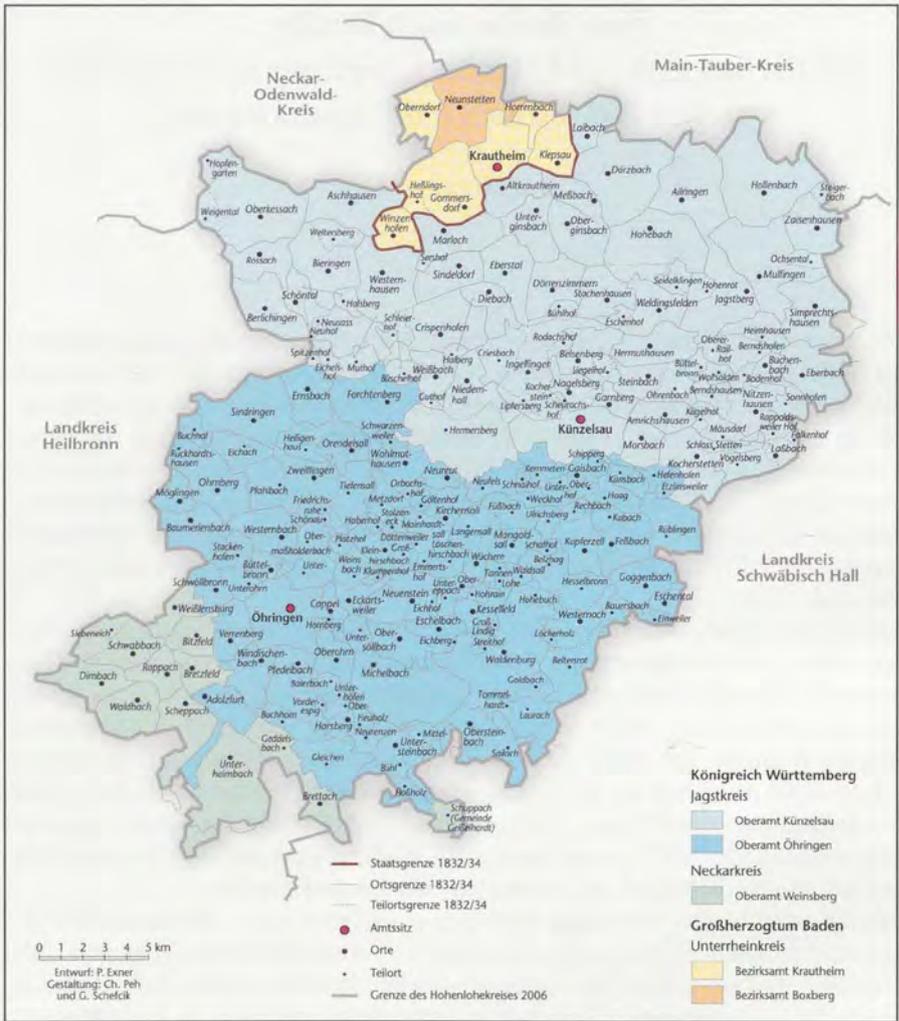
Offensichtlich muss mit der zweiten Nachkriegsordnung ein Wechsel stattgefunden haben, nicht nur der äußeren Rahmenbedingungen – diese waren mit der Besatzung und der Reeducation ohnehin tiefgreifender –, sondern auch intern, innerhalb der Gesellschaft. Dieser Wandel ist auf dem Weg vom Berliner Kaiserreich über die Weimarer zur Bonner bzw. Berliner Republik zu verfolgen. Dazu werfen wir zunächst den Blick auf die Anfänge der politischen Parteienlandschaft, dann auf die Weimarer Verhältnisse und schließlich – als Gegenpol – auf die Volksabstimmungen in der NS-Zeit, um dagegen die Merkmale der politischen Landschaft und des Wahlverhaltens in der Bundesrepublik herauszustellen.

Gefragt wird hierbei vorrangig nach den politischen Leit-, Kommunikations- und Interaktionsmustern im württembergischen sowie badischen Franken im allgemeinen und im Gebiet des Hohenlohekreises im besonderen. Somit werden politische Orientierungen, Sozialmilieus und Wahlergebnisse in den württembergischen Oberämtern bzw. Kreisen Künzelsau, Öhringen und Weinsberg, aber auch in den seit der Gebietsreform dazugekommenen Gemeinden der badischen Bezirksämter Krautheim und Boxberg (Stand 1832) sowie ihrer Vorgänger- und Nachfolgeämter behandelt².

* Die folgenden Überlegungen gehen auf die Arbeiten an der Kreisbeschreibung des Hohenlohekreises zurück. Siehe *Der Hohenlohekreis*, bearb. von der Abteilung Fachprogramme und archivarische Bildungsarbeit im Landesarchiv Baden-Württemberg, hg. vom Landesarchiv Baden-Württemberg in Verbindung mit dem Hohenlohekreis (Baden-Württemberg – Das Land in seinen Kreisen). 2 Bde., Ostfildern 2. Aufl. 2006.

1 *Allemann*, Fritz René, Bonn ist nicht Weimar. Köln 1956.

2 StAL F 177 I-III (OA Künzelsau), F 192 I-III (OA Öhringen), F 213I-I II (OA Weinsberg), FL



Verwaltungsgliederung 1832/34

Verwaltungsstrukturen auf dem Gebiet des Hohenlohekreises 1832/34

1. Aufbrüche und Grundlagen – die Konstituierung der politischen Parteienlandschaft

Im Umfeld der Revolution 1848/49 bildete sich ein fünfgliedriges Parteienspektrum aus, das bis 1933 in seinen Grundzügen fortbestand. Es gliederte sich in die politischen Lager der Katholiken, der konstitutionellen (Rechts-)Liberalen, der linksliberalen Demokraten, der republikanisch gesinnten Arbeiter, schließlich der Konservativen, zu deren Ausbildung die politischen Vereine als „Kernzelle(n) moderner Parteibildung“ entscheidend beitrugen und die modernen Parteien vorwegnahmen³. Zu berücksichtigen sind hierbei die hohenlohischen Besonderheiten, die im Wesentlichen württembergische sind und die andernorts nicht anzutreffen waren.

Das ist zunächst das Zentrum, das in Württemberg vergleichsweise spät, 1894/95 gegründet wurde⁴. In der hohenlohischen Diaspora blieb seine politische Wirkung allerdings begrenzt⁵. Zweitens und drittens ist hier die programmatische und parteiiche Trennung der liberalen Bewegung in Links- und Nationalliberale anzuführen, die zwei in etwa gleich starke Parteien hervorbrachte, welche die ersten Reichstagswahlen maßgeblich prägten. Die kleindeutsch-proborussische Deutsche Partei (1866/1918) ordnete ihre liberalen Reformanliegen der natio-

20/10 (LRA Künzelsau), FL 20/14 (LRA Öhringen). GLAK, 236/338 (BA Adelsheim), 236/341 (BA Boxberg), 236/345 (BA/LRA Buchen), 236/380 (BA Tauberbischofsheim). Michael *Holzmann*: Die Gliederung der Oberämter im Königreich Württemberg. In: ZWL 38 (1979) S. 164–187. Die Amtsvorsteher der Oberämter, Bezirksämter und Landratsämter in Baden-Württemberg 1810 bis 1972, hg. von der Arbeitsgemeinschaft der Kreisarchive beim Landkreistag Baden-Württemberg, Redaktion Wolfram *Angerbauer*. Stuttgart 1996.

3 Wolfram *Siemann*: Die deutsche Revolution von 1848/49. München 1985. S. 90–98, Zitat S. 93. Dieter *Langewiesche*: Europa zwischen Restauration und Revolution 1815–1849. München ²1989, S. 94 ff. Hans-Ulrich *Wehler*: Deutsche Gesellschaftsgeschichte Bd. 2: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen Deutschen Doppelrevolution. München 1987. S. 724–731, 741. Thomas *Nipperdey*: Deutsche Geschichte 1800–1866: Bürgerwelt und starker Staat und 1866–1918, Bd. 1: Arbeitswelt und Bürgergeist. München ³1993. S. 715–749. Karl *Rohe*: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutschen Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt 1992. Für die Politik im ländlichen Kontext Karl-Heinz *Nassmacher*, Wolfgang *Rudzio*: Das lokale Parteiensystem auf dem Lande. Dargestellt am Beispiel der Rekrutierung von Gemeinderäte. In: Hans-Georg *Wehling* (Hg.): Dorfpolitik. Fachwissenschaftliche Analysen und didaktische Hilfen. Opladen 1978. S. 127–142.

4 In Baden kam es bereits 1869 zur Zentrumsgründung. Winfrid *Halder*: Katholische Vereine in Baden und Württemberg 1848–1914. Ein Beitrag zur Organisationsgeschichte des südwestdeutschen Katholizismus im Rahmen der Entstehung der modernen Industriegesellschaft (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte: Reihe B, Forschungen ; 64). Paderborn u. a. 1995. S. 245 ff.

5 Karl *Bachem*: Die Zentrumsbewegung in Württemberg, 1887–1914. Das Werk Adolf Gröbers. In: *Ders.*: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung, sowie zur allgemeine Geschichte des neuere und neuesten Deutschland 1815–1914, 9 Bde. Köln 1927–1931 [Neudruck Aalen 1967], Bd. 8. S. 57–97. David *Blackbourn*: Class, Religion and Local Politics in Wilhelmine Germany. The Centre Party in Württemberg before 1914. New Haven/London, 1980. Johann Baptist *Kiene*: Werdegang, Wirkung und Stellung der württembergischen Zentrumspartei. In: Deutsches Volksblatt vom 4. 4. 1910.

nenal Einigung unter. Daher erhielten die Nationalliberalen unmittelbar nach der Reichsgründung im Kreisgebiet fast jede zweite Stimme, stellten bis 1881 die stärkste liberale Kraft und beherrschten erneut die Urnengänge 1884/90 mit Basitionen wie Kocherstetten (100% 1884, 100% 1887, 99,2% 1890) oder Schwabach (96,1% 1884, 100% 1887, 100% 1890)⁶. Für sie eroberte der Stuttgarter Obertribunalrat Franz (von) Weber, ein Neffe des Schriftstellers Karl Julius Weber, der 1870/74 der württembergischen Abgeordnetenversammlung vorsah sowie 1871/74 Zweiter Vizepräsident des Reichstags war, den 11. württembergischen Wahlkreis, dem auch die Oberämter Hall, Öhringen und Weinsberg angehörten. Den 12. Wahlkreis mit den Oberämtern Crailsheim, Gerabronn, Künzelsau und Mergentheim gewann 1887 der königliche Oberförster Fritz Keller aus Dörzbach und erzielte in Kocherstetten die optimale Ausbeute von 100 Prozent⁷. Die in Baden regierenden Nationalliberalen hatten in evangelischen Orten wie Neunstetten Erfolge abonniert (1877/93 wenigstens 95%)⁸.

Die andere Seite der liberalen Bewegung verkörperte die schwäbisch-föderative Volkspartei (1864/1918). Die Partei Friedrich und Conrad Haussmanns und Friedrich (von) Payers⁹ hatte ihre Hochburgen in der Stadt Künzelsau oder in Weinbauorten wie Forchtenberg (1881 64 bzw. 91%)¹⁰. Für die Linksliberalen und Demokraten gewann deren Vorsitzender, der Achtundvierziger Carl Mayer, einer der beliebtesten Politiker Württembergs, der gegen die „Verpreußung“ Deutschlands kämpfte, 1881 und 1884 den 12. Wahlkreis¹¹; Friedrich Hartmann, Gutsbesitzer aus Wackershofen, Gemeinde Gailenkirchen (OA Hall), vertrat für die langjährige (Oppositions-)Partei der kleinen Leute und des alten Mittelstands agrarpolitische Interessen im Landtag (1895/1900) und seit der Nachwahl im 11. Wahlkreis von 1891 bis 1898 auch im Reichstag¹².

Die vierte Besonderheit war die verzögerte Selbstorganisation des Konservatismus – ebenso Mitte der 1890er Jahre – und dessen organisatorische Zweiteilung in eine urbane Richtung, welche zunächst die Deutsch-Konservative Partei¹³,

6 HStAS E 150, Bü 236, 236/1, 237, 237/1, 238/238/1, 238/2, 239, 239/1 und 239/2.

7 HStAS E 146/1, Bü 6272 und 6276 sowie E 150, Bü 238 und 238/1. Biographisches Handbuch der württembergischen Landtagsabgeordneten 1815–1933. Im Auftrag der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg. Bearb. von Frank Raberg (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg). Stuttgart 2001. S. 987–988. Max Schwarz: MdR. Biographisches Handbuch der Reichstage. Hannover 1965. S. 228, 365 und 492.

8 GLAK 236/14862–14866, 14894, 14896–14898, 14904–14905.

9 Schwarz (wie Anm. 7), S. 340 und 420. Raberg (wie Anm. 7), S. 333–336, 648–650.

10 HStAS E 150, Bü 236 und 236/1.

11 Schwarz (wie Anm. 7), S. 228 und 398. Raberg (wie Anm. 7), S. 556–557. HStAS, E 150, Bü 236, 236/1, 237, 237/1.

12 HStAS E150, Bü 239, 239/1, 239/2, 240, 240/1, 240/2, 242, 242/1 und 242/2. Schwarz (wie Anm. 7), S. 228 und 338. Raberg (wie Anm. 7), S. 322. Hans Peter Müller: Friedrich Hartmann aus Schwäbisch Hall-Wackershofen (1841–1901). Landtags- und Reichstagsabgeordneter der württembergischen Volkspartei. In: WFr 75 (1991) S. 265–286.

13 Stefan Biland: Die Deutsch-Konservative Partei und der Bund der Landwirte in Württemberg

dann die freikonservative Deutsche Reichspartei verkörperte¹⁴, und in eine ländliche Richtung, den Bauernbund, der das protestantisch-bäuerliche Hohenlohe lange Zeit dominieren sollte¹⁵. Die Parteienlandschaft vervollständigte schließlich die im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts aufkommende Sozialdemokratie¹⁶.

Von besonderem Interesse ist die Formierung der Parteienlandschaft seit der entscheidenden Zäsur Mitte der 1890er Jahre, dem Übergang zum politischen Massenmarkt. Bis dahin traten vorrangig die beiden liberalen Parteien und die Deutschkonservativen als lose konservative Formation in Erscheinung, für die Fürst Hermann zu Hohenlohe-Langenburg, der Vizepräsident der württembergischen Kammer der Standesherrn 1877/1894, den 12. Wahlkreis von 1871 bis 1881 im Reichstag repräsentierte (dort 1878 Zweiter Vizepräsident) und vor allem in evangelischen Landgemeinden wie Crispenhofen, Hermuthausen und Kocherstetten alle Stimmen errang¹⁷. Diese Zusammenschlüsse agierten aber allesamt als lockere Honoratiorenvereinigungen, auf die der Begriff Partei nicht hinreichend zutrifft.

Der Übergang zum politischen Massenmarkt beendete die Dominanz der beiden liberalen Parteien und organisierte den Konservatismus neu; er erweiterte die Parteienlandschaft um die SPD, das Zentrum und den Bauernbund. Die neuen Parteien politisierten das Land flächendeckend. Im Gegensatz zu den Honoratiorenvereinigungen besaßen sie eine größere Mitgliederbasis und knüpften ein dichteres Netz von Ortsvereinen. Sie professionalisierten ihre politische Arbeit,

vor 1914. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Parteien im Königreich Württemberg (Stuttgarter historische Studien zur Landes- und Wirtschaftsgeschichte 2). Stuttgart 2002.

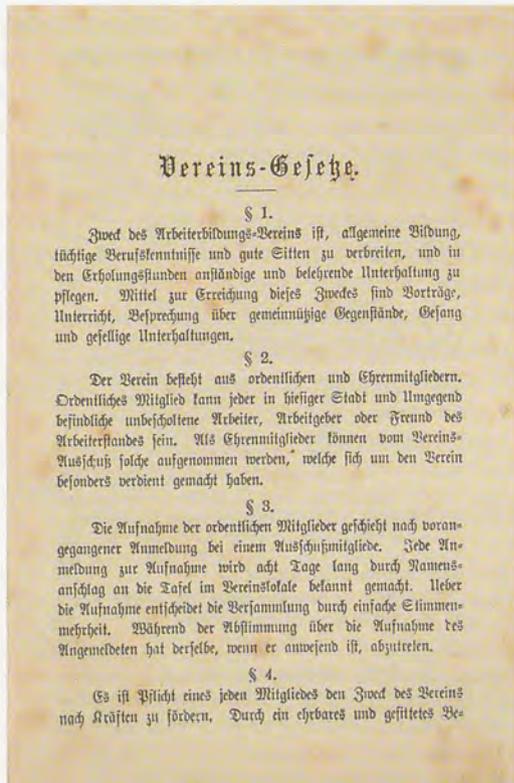
14 Volker *Stalman*: Die Partei Bismarcks. Die Deutsche Reichs- und Freikonservative Partei 1866–1890 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 121). Düsseldorf 2000.

15 Reinhold *Weber*: Bürgerpartei und Bauernbund in Württemberg. Konservative Parteien im Kaiserreich und in Weimar (1895–1933) (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 141). Düsseldorf 2004. *Ders.*: Interessenvertretung und Milieupartei. Der Württembergische Bauern- und Weingärtnerbund 1895–1933. In: *Momente* 4/2004, S. 44–47. Hans Peter *Müller*: Landwirtschaftliche Interessenvertretung und völkisch-antisemitische Ideologie. Der Bund der Landwirte/Bauernbund in Württemberg 1893–1918. In: *ZWLG* 53 (1994) S. 263–300.

16 Karl *Weingärtner*: Die Großherzoglich-Badischen und die Königlich-Württembergischen Sozialdemokraten. In: *Ein Jahrhundert beginnt. Baden und Württemberg 1900–1914*, hg. vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Stuttgarter Symposion 4). Tübingen 1996. S. 155–179, 231–238. Merith *Niehuss*: Die Stellung der Sozialdemokratie im Parteiensystem Bayerns, Württembergs und Badens. In: *Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung. Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften im Parteiensystem des Kaiserreichs*, hg. von Gerhard A. *Ritter* unter Mitarb. von Elisabeth *Müller-Luckner* (Schriften des Historischen Kollegs; Kolloquien 18). München 1990. S. 103–126. Wolfgang *Schmierer*: Anfänge der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Baden-Württemberg. In: *Ein Jahrhundert der Sozialdemokratie im Bodenseeraum – Ende oder Anfang?* (Informationsbuch / Landesbildungszentrum Schloß Hofen 19; Kleine Reihe). Lochau 1989. S. 129–149. Edgar *Wolfrum*: Weg und Ziel der Badischen Sozialdemokratie im 19. und 20. Jahrhundert. In: *ZGO* 140 (1992) S. 349–360.

17 HStAS E 146/1, Bü 6271–6273, 6275f., 6279–6281 sowie E 150, Bü 236, 236/1, 237 und 237/1. *Schwarz* (wie Anm. 7), S. 228 und 353. *Raberg* (wie Anm. 7), S. 382–384.

indem sie Parteisekretariate gründeten und diese hauptamtlich besetzten¹⁸. Alle drei Aufsteiger wurden von den Vorfeldorganisationen ihrer Sozialmilieus unterstützt: das Zentrum von den regionalen Gliederungen des Volksvereins für das katholische Deutschland¹⁹ oder des Gesellenvereins, die SPD von den örtlichen Arbeiterkonsum- und Arbeiterbildungsvereinen wie dem in Öhringen²⁰, der Bauernbund wiederum von den protestantischen Kirchengemeinden und der konservativen Presse wie dem 1896 gegründeten Schwäbischen Landmann, dem Sprachrohr des Bauernbunds und dem Informationsblatt der Parteimitglieder, sowie dem Fränkischen Volksfreund (1903).



Statuten des Öhringer Arbeiterbildungsvereins von 1885

18 Grundlegend Andreas *Gawatz*: Wahlkämpfe in Württemberg. Landtags- und Reichstagswahlen beim Übergang vom politischen Massenmarkt (1889–1912) (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 128). Düsseldorf 2001, bes. S. 83–135.

19 Gerhard *Klein*: Der Volksverein für das katholische Deutschland. Geschichte, Bedeutung, Untergang. Paderborn 1996. Horstwalter *Heitzer*: Der Volksverein für das katholische Deutschland 1890–1918. Mainz 1979.

20 StAL F 192 II, Bü 600.

Ältestes konservatives Organ war die den Deutsch-Konservativen nahestehende Deutsche Reichspost, die von 1880 bis 1913 in Stuttgart aufgelegt wurde und seit 1909 im Verlag Theodor Körner senior erschien; Körner hatte 1893 den reichsweiten Bund der Landwirte (BdL) in Berlin mitgegründet und war seit 1895 dessen Geschäftsführer. Die Deutsche Reichspost wandte sich exklusiv an evangelische Leser, für Bauernbündler erschien sie in einer dünneren und billigeren Ausgabe. Über die „am straffsten und am besten ausgebaute Parteipresse in Württemberg“ verfügte gleichwohl das Zentrum. Dessen Wähler bezogen ihre Informationen aus der Lektüre des Deutschen Volksblatts, seit 1895 offizielles Organ der Katholikenpartei, und der Ipf-, seit 1904 Ipf- und Jagstzeitung, der auflagenstärksten katholischen Tageszeitung, deren Verbreitungsgebiet Hohenlohe streifte. Die Sozialdemokratie schließlich, deren Parteiblätter den „Typus der parteilich gebundenen Presse“ am konsequentesten darstellten, erreichte ihre Wähler mit der „Schwäbischen Tagwacht“ oder dem Heilbronner „Neckar-Echo“, des zweiten SPD-Organs, das 1908 erstmals aufgelegt wurde. Diese Druckerzeugnisse dienten ebenso wie politische Kalender, Flugblätter und Plakate dem Ziel, Heimatbezug zu vermitteln und lokales Engagement hervorzuheben²¹.

Die für den Untersuchungsraum unbedeutenderen Parteien neuen Typs waren die Sozialdemokratie und das Zentrum, während der Bauernbund in Hohenlohe seine Bastion bildete. Nach der im Vergleich mit Baden (1869) späten Parteigründung (1895) setzte das Zentrum in Württembergisch Franken nicht mehr nur auf auswärtige Zählkandidaten wie Ludwig Windthorst²² oder Adolf Gröber²³, den Übervater der württembergischen Katholiken, der bis 1912 in mehr als hundert Wahlkreisen in der katholischen Diaspora als Zählkandidat auftrat. Nun stellte das Zentrum, vor allem im 11. Wahlkreis, auch regionale Bewerber auf wie den Haller Geschäftsführer des Volksvereins für das katholische Deutschland (seit 1890), Dr. Johannes Baptist (von) Kiene, wie Gröber ein Justizbeamter, ein Mitbegründer des Zentrums und einer der führenden Köpfe des politischen Katholizismus in Württemberg; Kiene bewarb sich als Haller Hilfs- und Landrichter bei der Ersatzwahl 1891 und dem Urnengang 1893 um ein Reichstagsmandat, unterlag jedoch beide Male dem Volksparteiler Friedrich Hartmann²⁴.

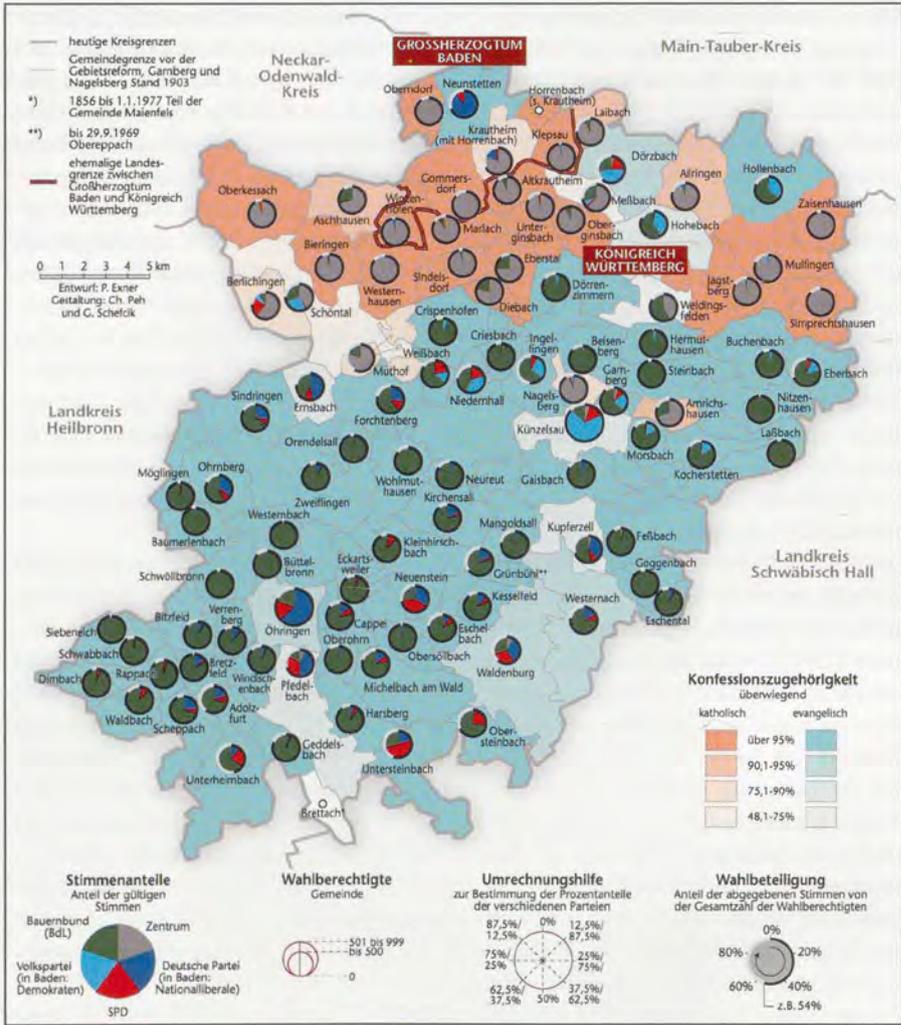
Wie bei allen Reichstagswahlen zeigte auch der Urnengang 1903, wo die Zent-

21 *Gawatz* (wie Anm. 18), S. 174–190, Zitate S. 179. *Weber* (wie Anm. 15), S. 109f., 201–222. *Otto Groth*: Die politische Presse Württembergs. Stuttgart 1915.

22 *Bernd Haunfelder*: Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumspartei 1871–1933. Biographisches Handbuch und historische Photographien. Düsseldorf 1999. S. 284f. *Schwarz* (wie Anm. 7), S. 499f.

23 *Hermann Cardanus*: Adolf Gröber. Mönchen-Gladbach 1921. *Frank Raberg*: Adolf Gröber, Zentrumsgründer und Zentrumsführer in Württemberg. Parlamentarier und Staatssekretär. 1854–1919. In: *Gerhard Taddey*, *Joachim Fischer* (Hg.): Lebensbilder aus Baden-Württemberg 19. Stuttgart 1998. S. 403–436. *Ders.*: Handbuch (wie Anm. 7), S. 286–288. *Haunfelder* (wie Anm. 22), S. 167f. *Bachem* (wie Anm. 5), S. 79ff.

24 *HStAS E 150*, Bü 239. *Gawatz* (wie Anm. 18), S. 157. *Raberg*, Handbuch (wie Anm. 7), S. 439–441. Zu Hartmann s. o. Anm. 12.



Hohenlohe Reichstagswahl 1903

Ergebnisse der Reichstagswahl 16. Juni 1903

rumsbastionen lagen: in den genau 100 Jahre zuvor säkularisierten Gebieten der geistlichen Staaten, also des Erzstifts Mainz, des Klosters Schöntal, des Hochstifts Würzburg und des Deutschen Ordens. Hochburgen waren die vormalig kurmainzischen Orte Gommersdorf und Oberndorf in Baden sowie die ehemals schöntalischen Dörfer Westernhausen und Zaisenhausen in Württemberg, wo die Katholikenpartei 1903 ausnahmslos alle Stimmen erhielt. Der Mobilisierungsgrad des Zentrums in der hohenlohischen Diaspora war freilich begrenzt, sein

Stimmenanteil entsprach allerdings stets und konstant der Katholikenquote. Diese betrug 1895 23,5 Prozent, und bei den Wahlen 1898, 1903 und 1907 erreichte das Zentrum genau denselben Hundertsatz²⁵. Daran sollte sich auch in der Weimarer Republik nichts ändern.

Die zweite Partei neuen Typs, die SPD, erhielt auf dem Land anfänglich kaum Zulauf und war wie das Zentrum zumeist auf auswärtige Zählkandidaten angewiesen wie den Hamburger Redakteur Karl August Hillmann 1877 oder den Drechslermeister und späteren Parteivorsitzenden (seit 7. 8. 1900) August Bebel aus Leipzig von 1881 bis 1887 im 11. Wahlkreis²⁶. Von 1887/90 an bot auch sie einheimische Kandidaten auf: im 11. Wahlkreis den Haller Sägemühlenbesitzer Christof Schwend oder den Haller Ortskrankenkassier Karl Krüger (1903/07); im 12. Wahlbezirk kandidierten der Schreinermeister und Gemeinderat Gustav Kittler (1893) und der Kaufmann Peter Röhrle (1898), beide aus Heilbronn, sowie der Langenburger Mechaniker Wirth (1907), wenngleich wie beim Zentrum auch auswärtige Bewerber, allerdings aus dem Königreich, weiterhin auftraten²⁷. Ihre Anhänger rekrutierte die Sozialdemokratie in der Industrialisierungsschiene entlang dem Kocher, von Künzelsau (1903: 14%) über Niedernhall (21%) bis Forchtenberg (13%), oder im urbanen Viereck Öhringen-Pfedelbach(34%)-Neuenstein(38%)-Waldenburg mit dem Spitzenreiter Untersteinbach (51%). Erfolg hatte sie freilich nur in evangelischen Gemeinden, denn auch in den katholischen Arbeiterwohnorten dominierte das Zentrum (Nagelsberg 94 zu 2%)²⁸.

Der Gewinner der Fundamentalpolitisierung des öffentlichen Lebens schlechthin war jedoch der Bauernbund. In der Agrarkrise der 1890er Jahre gegründet, stieg er zu der agrarischen Interessenpartei im ländlich geprägten Hohenlohe auf. Zwar wurde der Bauernbund 1895 als regionale Vertretung des 1893 gegründeten und reichsweit operierenden Bundes der Landwirte ins Leben gerufen, doch war er weit davon entfernt, lediglich die bäuerliche Vorfelddorganisation der Deutschkonservativen zu bilden. In keinem Gliedstaat des Kaiserreichs spielte der Bund eine annähernd eigenständige Rolle wie im Königreich²⁹. Der politisch weitestgehend autonome Bund zählte zu den Parteien neuen Typs, die

25 Der Stimmenrückgang bei der Reichstagswahl 1912 geht einzig auf den Verzicht eines eigenen Kandidaten im 12. Wahlkreis zurück; *Weber* (wie Anm. 15), S. 454–459. HStAS E 150, Bü 242, 242/1, 242/2, 243, 243/1, 244, 244/1, 245/a, 245/b. Ergänzungsband II zu den Württembergischen Jahrbüchern für Statistik und Landeskunde 1895, S. 112 ff.; Beiträge zur Statistik des Großherzogthums Baden N. F. 12 (= Heft 58) 1895.

26 HStAS E 146/1, Bü 6279 und E 150, Bü 236, 236/1, 237, 237/1, 238, 238/1, 238/2.

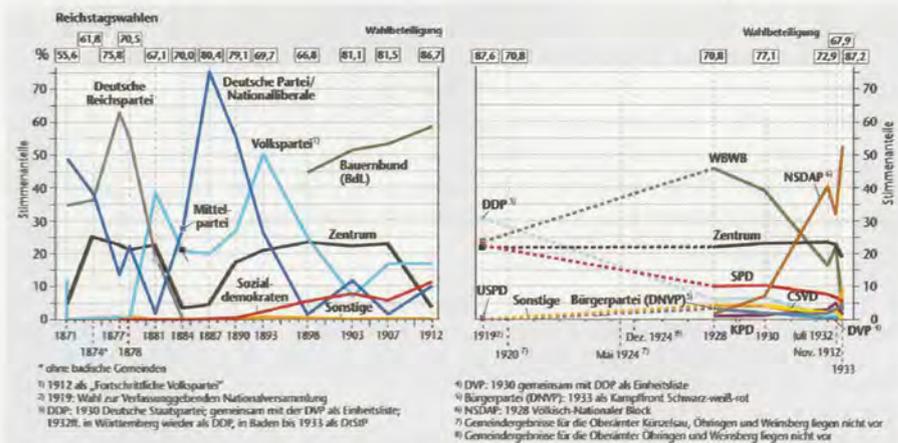
27 HStAS E 146/1, E 150, Bü 238, 238/1, 238/2, 239, 239/1, 239/2, 240, 240/1, 240/2, 242, 242/1, 242/2, 243, 243/1, 244, 244/1, 244/2 und E 151/02, Bü 60; zu Kittler siehe *Ders.*: Aus dem dritten württembergischen Reichstagswahlkreis. Erinnerungen und Erlebnisse. Heilbronn 1910, sowie *Gawatz* (wie Anm. 18), S. 196, 218.

28 HStAS E 150, Bü 243, 243/1.

29 Hans-Jürgen *Puhle*: Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893–1914). Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei. Hannover 1967. S. 168 ff.

den bisherigen Platzhirschen im Königreich – neben der demokratisch-linksliberalen Volkspartei vor allem der nationalliberalen Deutschen Partei – rasch den Rang beim Übergang zum politischen Massenmarkt abließ, denn der Aufsteiger baute sich eine breitere Mitgliederbasis als die liberalen Honoratiorenparteien auf. Der Bauernbund professionalisierte seine politische Arbeit, indem er in Stuttgart ein Parteisekretariat gründete und dies hauptamtlich besetzte. Dabei stabilisierte der erfolgreiche Aufbau einer zentralen und hierarchischen Organisation in Ortsvereinen und Delegiertenversammlungen die Anhänger ebenso wie er sie zugleich mobilisierte. Mit seiner agrarprotektionistischen Politik und seiner ebenso reaktionären wie antisemitischen Polemik warb der Bauernbund den Liberalen die Landwirte und Weingärtner ab.

Die Ergebnisse der Reichstagswahl 1903 zeigen, dass der Bauernbund seine größten Erfolge in den evangelischen Landgemeinden erzielte. Den Schwerpunkt bildete vor allem das nahezu homogen protestantische Oberamt Öhringen, wo 96% der Bevölkerung evangelisch waren³⁰. Ausgesprochene Bauernbundbastionen waren im Westen des Bezirks Siebeneich, Schwöllbronn, Büttelbronn und Westernbach, im Osten zeichneten sich Goggenbach, Feßbach, Nitzenhausen und Laßbach dadurch aus, dass alle Wähler geschlossen für den Bund stimmten³¹. Je höher der evangelische Bevölkerungsanteil war, desto höher lag der Wähleranteil des Bauernbunds. Somit bildete der Bauernbund ein protestantisches Pendant zum Zentrum, freilich war er im Unterschied zum Zentrum nur auf dem Land präsent.



Ergebnisse der Reichstagswahlen im Kaiserreich (linke Graphik)

30 Während bei der Volkszählung 1895 im Öhringer Bezirk 96% der Bevölkerung evangelisch waren und 94% der Einwohner im OA Weinsberg, traf dies im Künzelsauer Bezirk auf nur 56,7% zu. Ergänzungsband II zu den württembergischen Jahrbüchern für Statistik und Landeskunde 1895, hg. von dem K. Statistischen Landesamt. Stuttgart 1898. S. 52 ff., 158 ff. und 172 ff.

31 HStAs E 150, Bü 243, 243/1.

Seit 1903 siegte bei allen Urnengängen in württembergisch Franken nur noch der Bauernbund, in Gestalt der beiden ‚Vögte‘: Von 1903 bis 1912 eroberten der Bauer und Gemeindepfleger Wilhelm Vogt aus Gochsen im Oberamt Neckarsulm und der Büttelbronner Schultheiß Friedrich Vogt aus dem Bezirk Künzelsau die Reichstagsstimmbezirke elf und zwölf. Dies waren die einzigen Wahlkreise in Württemberg, die Bauernbundbewerber gewannen³².

Überhaupt erwies sich das württembergische Franken als das Reservoir, aus dem der Bauernbund auch überregional sein Personal rekrutierte: Neben Friedrich Vogt ist hier Theodor Wolff zu nennen, der dem freikonservativen Heilbronner Oberbürgermeister Paul Hegelmaier 1903 den dritten Reichstagswahlkreis abnahm, der sich aus den Oberämtern Besigheim, Brackenheim, Heilbronn und Neckarsulm zusammensetzte, und dort bis 1912 für den Bauernbund kandidierte, dabei aber dem Volksparteiler Dr. Friedrich Naumann bzw. dem sozialdemokratischen Parteisoldaten Franz Feuerstein unterlag. Der promovierte Historiker und Pfarrer war 1890 bis 1899 im Dienst der evangelischen Landeskirche, bevor er von 1899 bis 1913 die Schriftleitung der „Deutschen Reichspost“ übernahm, deren Nachfolgeorgan, die „Süddeutsche Tageszeitung“, er 1907 ins Leben rief. Wolff, Mitglied in der Stuttgarter Sektion des Alldeutschen Verbands, war seit 1902 als Berufspolitiker für die Partei neuen Typs tätig³³. Auch bei der Suche nach Vorsitzenden für den Bauernbund erwies sich Württembergisch Franken als fruchtbarer Boden. Rudolf Schmid, seit 1898 Pächter der fürstlich hohenhohischen Domäne Platzhof, zudem des Guts Schönau, beide im Oberamt Öhringen, war wie Theodor Körner senior 1893 ein Mitbegründer des BdL gewesen. Im gleichen Jahr trat er nach ausgehandelter Absprache als Bewerber der nationalliberalen Deutschen Partei bzw. der freikonservativen Deutschen Reichspartei – erfolglos – im 10. Reichstagswahlkreis (Oberämter Gmünd, Göppingen, Schorndorf, Welzheim) an, als er gegen den Göppinger Fabrikanten Wilhelm Speiser verlor. 1903 kandidierte er als Zählkandidat des Bauernbunds im 1. Stimmbezirk, dem Amtsoberamt Stuttgart, und im 13. Wahlkreis, den Oberämtern Aalen, Ellwangen, Gaildorf und Neresheim. Schmid, der 1908 zum Ökonomierat ernannt und von König Wilhelm II. als Vertreter in die Erste Kammer berufen wurde, stand dem Bauernbund von 1896 bis zu seinem Tod am 11. April 1917 vor³⁴.

Ihm folgte von 1918 bis 1933 der genannte, langjährige Reichstags- und Land-

32 HStAS E 150, Bü 243, 243/1, 244, 244/1, 244/2.

33 HStAS E 150, Bü 243, 243/1, 244, 244/1, 244/2, 245/a, 245/b sowie E 151/02 Bü 60. *Gawatz* (wie Anm. 18), S. 6–99, 176 f. *Puhle* (wie Anm. 29), S. 179. *Raberg*, Handbuch (wie Anm. 7), S. 1035. *Schwarz* (wie Anm. 7), S. 228 und 503. *Weber* (wie Anm. 15), S. 111 f., 120, 210, 259, 438–440, 455–457.

34 HStAS E 150, Bü 240, 240/1, 243, 243/1. Ökonomierat Rudolf Schmid, ein Lebensbild eines württembergischen Bauernführers nach seinen Aufsätzen, Worten und seinem Wirken für die Landwirtschaft. Dem Andenken seines unvergesslichen, getreuen Freundes gewidmet von Theodor Körner alt. Stuttgart 1927. *Gawatz* (wie Anm. 18), S. 97 f., 146, 332 f. *Puhle* (wie Anm. 29), S. 179. *Raberg*, Handbuch (wie Anm. 7), S. 802. *Weber* (wie Anm. 15), S. 88–96, 100–104.

tagsabgeordnete, der Bauer und Gemeindepfleger Wilhelm Vogt aus Gochsen nach. Angesichts dieser Dominanz im württembergischen Franken blieb dem politischen Gegner nur die Flucht in den Spott oder, sollte man sagen, Sarkasmus: Gegen den Bauernbündler Wilhelm Vogt kämpfte der politische Gegner mit dem Reim an: „Alle Ochsen wählen den Vogt aus Gochsen“³⁵.

Schließlich stammten die stellvertretenden Landesvorsitzenden ebenso aus Württembergisch Franken: Julius Hermann, zweiter Mann von 1896 bis 1903, kam aus Kreßbach im Oberamt Neckarsulm; der Gast- und Landwirt Michael Franck (1903/06), der unterlegene Bauernbundbewerber im 11. Reichstagswahlbezirk 1898, stammte aus Oberaspach im Oberamt Hall; schließlich der Gutsbesitzer Albert Barth, Vizevorsitzender von 1906 bis 1911, wohnte in Willsbach im Weinsberger Bezirk. Auch unter den zweiten Männern der Weimarer Jahre fanden sich wiederum württembergische Franken wie der Bauer Karl Berroth (1918/20), Landtagsabgeordneter von 1912 bis 1920 aus Jagstheim (OA Crailsheim), während Karl Haag (1920/33) aus Heilbronn den Weingärtnerstand im Bauernbund (1920/33) vertrat³⁶.

2. Der Preis der Versäulung – Die Weimarer Verhältnisse

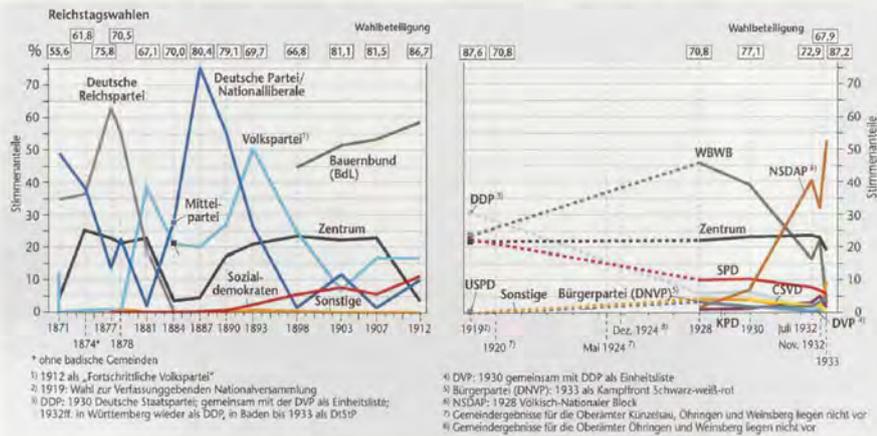
Die geschilderten Grundorientierungen überstanden den Systemwechsel 1918/19 wie auch das fünfgliedrige Parteienwesen. In der Weimarer Republik lebten die Organisationsformen der Parteien und die politischen Orientierungen der Wähler und deren Lebenswelten nahezu bruchlos fort. Diese Lebenswelten nennt man Milieus und meint damit Parallelgesellschaften mit eigenen Normen und Mentalitäten, mit spezifischen Erwartungen und Anforderungen an jedes seiner Mitglieder. Milieus nehmen den ganzen Menschen gefangen; sie prägen dessen Denken und drücken seinem Handeln den Stempel auf: Man ist Arbeiter, und man ist Katholik – von der Wiege bis zur Bahre.

Die historische Forschung spricht von sozialmoralischen Milieus und meint die einer gesellschaftlichen Gruppe eigene Zuordnung von Konfession, regionaler Tradition, ökonomischer Struktur und kultureller Orientierung. Für die Zeit bis

35 Zitat aus: „Deutsche Reichspost“ vom 29. 10. 1912. Für die Kandidaturen Vogts in der Weimarer Republik s. HStAS E 151/02, Bü 58, 60, 63, 64, 66, 67 sowie StAL F 177 II, Bü 53 und F 192/II, Bü 329–331, 469 sowie Carl *Raith*: Die verfassunggebende württ. Landes- und deutsche Nationalversammlung. Stuttgart, 1919. S. 6. *Gawatz* (wie Anm. 18), S. 96–99. Hans Peter *Müller*: Wilhelm Vogt. Württembergischer Bauernbundpolitiker und bäuerlicher Standesvertreter im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. In: Lebensbilder aus Baden-Württemberg 18 (1994), S. 395–417. *Raberg*, Handbuch (wie Anm. 7), S. 954–957. *Schwarz* (wie Anm. 7), S. 228 und 487. *Weber* (wie Anm. 15), S. 35, 89, 102, 444 ff.

36 HStAS E 150, Bü 242, 242/1, 242/2. Karl *Haag*: Gedenkschrift der ehemaligen Ortsgruppe Heilbronn des württembergischen Bauern- und Weingärtnerbundes 1901–1933. 32 Jahre Kampf für deutsches Volk und Brauchtum. Heilbronn 1935. *Raberg*, Handbuch (wie Anm. 7), S. 27, 62. *Weber* (wie Anm. 15), S. 102 f., 437.

1933 kennen wir vier Sozialmilieus: das katholische, das konservative, das bürgerlich-liberale und das sozialistische. Die Sozialmilieus spiegelten das fünfgliedrige Parteienspektrum wider, denn das bürgerliche Milieu gliederte sich – wie gesehen – in zwei liberale Parteien. Diese sozialmoralischen Milieus waren in sich weitgehend stabil, nach außen aber exklusiv und nur beschränkt kompromissfähig³⁷. Schon bei den Wahlen im Kaiserreich wurden milieübergreifende Kompromisse vorrangig bei Stichwahlen eingegangen, wenn das Schreckgespenst eines unerwünschten Sieges des politischen Gegners die „Ekelgrenze“ zog. Im geänderten (absoluten Mehrheits-)Wahlrecht der Weimarer Republik aber war der Zwang zum Ausgleich weitaus geringer. Besonders hoch waren die „Ekelstrahlen“ traditionell zwischen dem Bauernbund als ländlich, protestantisch-konservativer Milieupartei einerseits sowie der Sozialdemokratie und der liberal-demokratischen Volkspartei bzw. DDP andererseits³⁸.



Ergebnisse der Reichstagswahlen in der Weimarer Republik (rechte Graphik)

37 Den Begriff des sozialmoralischen Milieus eingeführt hat M. Rainer Lepsius: Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. In: Gerhard A. Ritter (Hg.), Deutsche Parteien vor 1918. Köln 1973. S. 56–80 (zuerst in Wilhelm Abel (Hg.): Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. FS Friedrich Lütge. Stuttgart 1966. S. 371–393; jetzt auch in: M. Rainer Lepsius: Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Göttingen 1993. S. 25–50.) Dagegen plädiert z. B. der Arbeitskreis für kirchliche Zeitgeschichte (AKKZG), Münster: Katholiken zwischen Tradition und Moderne. Das katholische Milieu als Forschungsaufgabe. In: Westfälische Forschungen 43 (1993) S. 588–654, dafür, das katholische Milieu als Gesinnungsmilieu anzusehen. Zur Langzeitwirkung sozialmoralischer Milieus siehe Hans-Georg Wehling: Wirkkräftig bis in unsere Tage. Gesellschaftlich-kulturelle Auswirkungen von Säkularisation und Mediatisierung. In: Alte Klöster, neue Herren. Die Säkularisation im deutschen Südwesten 1803. Begleitbücher zur großen Landesausstellung Baden-Württemberg 2003 in Bad Schussenried, hg. von Volker Himmelein und Hans Ulrich Rudolf unter Mitwirkung von Peter Blickle u. a. Ostfildern 2003. S. 1159–1172.

38 Gawatz (wie Anm. 18), S. 325–367, Zitat S. 351. Weber (wie Anm. 15), S. 432–475, Zitat S. 471.

Unter den Parteien des Arbeitermilieus war die SPD einer ständigen Auszehrung ausgesetzt. Ihr Stimmenanteil sank von 22,1 (1919) um die Hälfte auf 10,4% (1928) und damit auf den Stand von 1912 (11%), bevor die Sozialdemokratie weiter auf 7,1% (November 1932) fiel. Die SPD-Stammwähler saßen in den Oberamtsstädten oder entlang dem Kocher, dort auch in Landgemeinden wie Ernsbach oder Weißbach (1928 41 bzw. 31%), und zu Beginn der Republik auch in kleineren Gemeinden wie Dörzbach oder Obersteinbach (57 bzw. 59%). Letzteres Phänomen ist ein deutlicher Hinweis auf die anfängliche Akzeptanz der Parteien, die für das parlamentarische System eintraten. Anders die republikfeindliche KPD. Ihr Anteil stieg in der Radikalisierungsphase der Republik von 1,6 % (1930) auf 5,3 % (November 1932). Ihre Hochburgen lagen in Niedernhall und Pfedelbach (27 bzw. 20% im November 1932).

Reichstagswahl			
Wahlkreis Württemberg und Hohenzollern			
1	Sozialdemokratische Partei Deutschlands <i>Kell – Hildebrand – Hofmann – Dr. Schumacher</i>	1	○
2	Deutschnationale Volkspartei (Wirt. Bürgerpartei) <i>Dr. Wöber – Dr. Schäfer – Frau Böhm – Reiser</i>	2	○
3	Württembergisch-Hohenzollerische Zentrumspartei <i>Dr. Holz – Jany – Groß – Wiedemeyer</i>	3	○
4	Kommunistische Partei <i>Jean Zeffin (Kandel) – Schloffer – Jean Walter – Götter</i>	4	○
5	Christlich-Soziale Volksgemeinschaft <i>Deeberßen – Hölzer – Wagner</i>	5	○
6	Einheitsliste Deutsche Volkspartei – Deutsche Staatspartei <i>Dr. Heuß – Reimath – Heune – Frau Malch</i>	6	○
7	Reichspartei des Deutschen Mittelstandes e. V. (Wirtschaftspartei) <i>Wüller – Franz – Hölzer – Renzsch</i>	7	○
9	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung) <i>Decher – Hurr – von Jagow – Eitelé</i>	9	○
11	Volkerechtpartei (Reichspartei für Volkerecht und Aufwertung) und Christlich-Soziale Reichspartei <i>Bauser – Heller – Spinler – Jodler</i>	11	○
12	Deutsche Bauernpartei <i>Dr. Hebe – Dilling</i>	12	○
13a	Bauern- und Weingärtnerbund <i>Dogler – Haag – von Csanffyberg – Klein</i>	13a	○
13b	Nationale Volksgemeinschaft <i>Dr. Beßler – Deller – Heber – Hoffmann</i>	13b	○
17	Christlich-Sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung) <i>Empfenhofer – Bauck – Böger – Raß</i>	17	○
24	Haus- und Grundbesitzer <i>Wahl – Bauer – Raß – Ottermann</i>	24	○

Stimmschein für die Reichstagswahl am 14. September 1930³⁹

Auch das bürgerlich-liberale Milieu war gespalten. Während die linksliberale DDP eine wesentliche Kraft der Weimarer Koalition wurde, war die rechtsliberale DVP unbedeutend. Die DDP stellte 1919 kreisweit mit stolzen 31% die stärkste politische Kraft und war auch in evangelischen Landgemeinden wie Harsberg oder Westernbach erfolgreich (71 bzw. 65%). Bereits 1928 fiel die Nachfolgerin der Volkspartei auf den Status einer Splitterpartei (6%), und in der Zeit der Präsidialkabinette beschleunigte sich ihr Verfall bis zum März 1933, als die Linksliberalen nur noch 1,5 % der Stimmen erhielten. Ihr Einflussgebiet reduzierte sich mit dem Ende der Weimarer Stabilitätsphase auf die Städte Öhringen oder Neuenstein (1928: 27 bzw. 17%).

Die politische Vorfeldorganisation des katholischen Milieus, das Zentrum, blieb zwar auf seine Bastionen wie Simprechtshausen oder Winzenhofen (1919 mit 100 bzw. 98%) beschränkt, jedoch knüpfte es mit durchgehend knapp einem Viertel der Wähler kreisweit nahtlos an seine Ergebnisse im Kaiserreich an und band die Katholiken konstant und vollständig bis in die Endphase der Republik – ein deutlicher Beleg für den Zusammenhalt des katholischen Milieus, denn der Wähleranteil entsprach exakt der Katholikenquote im Kreisgebiet von 1925, nämlich 24,5%! Gerade in der Agonie Weimars erwies sich das Zentrum als stabilisierende republikanische Kraft. Im Oberamt Künzelsau erzielte es bei den letzten vier demokratischen Wahlen von 1928 bis November 1932 mit rund 40% durchgängig die Mehrheit. Dieses Ergebnis kam dem Konfessionsanteil im Amtsbezirk wiederum genau gleich⁴⁰.

Der Niedergang der Weimarer Koalition, die 1919 über drei Viertel der Wähler, 1928 aber nur noch ein gutes Drittel unterstützten, korrelierte mit dem Aufschwung der Republikgegner. Hier sind neben der bereits erwähnten KPD die Parteien des konservativen Milieus zu nennen. Entscheidender als die Kommunisten waren für den Untergang der Republik deren Feinde am rechten Rand. In den protestantischen Städten trat die Bürgerpartei (BP), seit 1920 die Regionalvertretung der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), in immer schärfere Republikgegnerschaft und schwenkte 1929 vollends auf Hugenbergischen Kurs sowie auf das Konzept der Kooperation und der vermeintlichen Zähmung Hitlers ein. Zu diesem Zeitpunkt setzte der gebürtige Meimsheimer und Stuttgarter Fabrikant Fritz Wider, der Vorsitzende der Stuttgarter Ortsgruppe, sich in der Parteiführung entscheidend durch und schwenkte von dem althergebrachten antinationalen, utopielosen und regionalen Konservatismus auf eine aggressiv antisemitische, nationale und völkisch-utopische Ausrichtung um, deren Umsetzung er nun von der Landeshauptstadt aus zentralisierte⁴¹.

40 Badische Gemeindestatistik 1927, bearb. vom Badischen Statistischen Landesamt. Karlsruhe 1927. S. 52 ff., 60 ff. Die Religionszugehörigkeit in Baden, bearb. vom Badischen Statistischen Landesamt. Karlsruhe 1928. S. 198 f. Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde 1936/37, S. 246 f. Zollvereinsstatistik von 1925.

41 *Raberg*, Handbuch (wie Anm. 7), S. 1013 f. *Weber* (wie Anm. 15), S. 518 ff.

Auf dem Land dagegen dominierte weiterhin der Württembergische Bauern- und Weingärtnerbund, wie sich der Bauernbund seit November 1918 nannte. Als Anwalt der Modernisierungsgeschädigten vertrat der Bauernbund die Interessen der evangelischen Landbevölkerung und nahm dabei vor allem im Oberamt Öhringen eine fast monopolartige Stellung ein (1928 61%, 1930 53%). Als Partei des konservativ-protestantischen Milieus hatte der Bauernbund seine Hochburgen dort, wo die Strukturfaktoren Landwirtschaft und evangelisches Bekenntnis zusammenfielen⁴²: 1928 erreichte er seine Spitzenergebnisse in Feßbach (97%), Siebeneich (98%) und Steinbach (99%). Wie sehr der Bauernbund eine Milieupartei war, zeigt neben dessen konfessionalistischer Politik das Wahlverhalten von Protestanten in Diasporagebieten. 1928/30 erzielte der Bauernbund in den katholisch umschlossenen Orten Dörrenzimmern (88 und 82%), Hohebach (jeweils 81%) sowie Hollenbach (95 und 83%) weit überdurchschnittliche Ergebnisse⁴³. Allerdings bediente der Sachwalter der Bauern deren Antiparteienkomplex und verhalf unter seinem Vorsitzenden Wilhelm Vogt der NSDAP zu Ansehen und Einfluss. Seit den Studien Jürgen Falter's zu Hitlers Wählern geht die Parteienforschung davon aus, dass der typische NSDAP-Wähler männlich und evangelisch war und auf dem Land lebte – das war zugleich die klassische Klientel des Bauernbunds⁴⁴.

Beim Aufstieg der braunen Bewegung spielte der Bauernbund eine ambivalente Rolle. Zum einen verlangsamte er den Aufstieg der Hitlerpartei in den ländlich-evangelischen Gemeinden. Gegen den anfänglichen Konkurrenten NSDAP hielt die evangelische Landbevölkerung Hohenlohes nämlich bis 1930 in althergebrachter Ausrichtung am Bauernbund fest, der mit seinem agrarischen Vereins- und Verbandswesen milieuartig in der protestantischen Bauernschaft und den unterbäuerlichen Schichten tief verwurzelt war. Damit wurde der Durchbruch der Hitlerpartei auf dem evangelischen Land Württembergs verzögert. Dies belegt der Blick auf das Wahlverhalten im badischen Neunstetten, einer protestantischen Gemeinde, wo der Bauernbund nicht antrat. Hier traten die Nationalsozialisten schon früher und erfolgreicher auf. 1928 errang die Hitlerbewegung dort

42 Unter einer Hochburg versteht man eine lokal begrenzte soziale Einheit, die durch das Zusammentreffen mehrerer Strukturdimensionen wie – in diesem Fall besonders – wirtschaftlicher Lage und konfessioneller Prägung sowie regionaler Tradition, kultureller Ausrichtung und schichtspezifischer Zusammensetzung der intermediären Gruppen gebildet werden. Jürgen W. Falter: *Hitlers Wähler*. München 1991. S. 351 in Anlehnung an *Lepsius* (wie Anm. 37), S. 383.

43 StAL F 177II, Bü 53 sowie F 192 II, Bü 329.

44 Falter (wie Anm. 42), S. 163, 177, 183. *Ders.*: Wahlen und Wählerverhalten unter besonderer Berücksichtigung des Aufstiegs der NSDAP nach 1928. In: Karl Dietrich Bracher/ Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hg.): *Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft*. Bonn 1988. S. 484–504, S. 495 und 497 ff. Beatrix Herlemann: Bäuerliche Verhaltensweisen unterm Nationalsozialismus am Beispiel Niedersachsens. In: Frank Bajohr (Hg.): *Norddeutschland im Nationalsozialismus* (Forum Zeitgeschichte; Bd. 1). Hamburg 1993. S. 109–122, S. 110.

mit 43% ihr Spitzenresultat (Kreismittel 2%), das sie auf 88% im Juli 1932 noch steigern konnte⁴⁵.

Aber: Aufhalten konnte der Bauernbund als „regionaler Puffer“ die braune Bewegung nicht⁴⁶. Im Gegensatz zu den Zentrumshochburgen, wo sich die konfessionelle Prägung als Resistenzfaktor erwies und das katholische Milieu eine negative Wahlnorm gegen den Nationalsozialismus ausbildete, gelang es in protestantischen Regionen nicht, sich gleichermaßen gegen die Hitlerbewegung zu immunisieren⁴⁷.

So bereitete der Bauernbund zum anderen den braunen Durchbruch vor, indem er mit seiner zunehmend antidemokratischen Rhetorik gegen das ‚Weimarer Parteiensystem‘ und seiner antisemitischen Agitation die NSDAP kopierte. Der bereits mehrfach erwähnte Vorsitzende Wilhelm Vogt (1918/33), ein entschiedener Republikgegner und Antisemit, hatte sich bereits 1903 und 1907 der antisemitischen Fraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung im Reichstag angeschlossen und noch am 6. November 1918 bei einer Sitzung der Fraktionsspitzen der Abgeordnetenkammer mit dem Staatsministerium die parlamentarische Regierungsform abgelehnt⁴⁸. Die „Süddeutsche Tageszeitung“ lehnte Aufträge von Juden für Annoncen in ihrem Anzeigenteil ab⁴⁹.

Aufsehen erregende Übertritte von Bauernbündlern zu den Nationalsozialisten stießen den Stimmungsumschwung mit an. Der spektakulärste Fall war der des Vertrauensmanns und Bauernbund-Redners Albert Schüle aus Wolfenbrück, Gemeinde Oberrot. Der selbstständige Landwirt, seit 1918 Bauernbündler, trat während des Landtag-Wahlkampfes am 1. März 1932 der braunen Bewegung bei (Mitglieds-Nr. 972 297) und kam dort rasch voran. Schüle avancierte zum Gemeinderat in seinem Wohnort und noch im selben Jahr zunächst zum Kreis-, dann zum Gauredner der NSDAP. 1933 wurde er Mitglied des Reichsbauernrats und Landesobmann der Landesbauernschaft Württemberg sowie Gauhauptstellenleiter im Amt für Agrarpolitik des Gaus Württemberg-Hohenzollern der NSDAP. Wiederum ein Jahr später trat er in die SA ein, am 15. November 1936 schloss er sich der SS an (Mitglieds-Nr. 277 382), wo er es bis zum SS-Sturmbannführer brachte (30. 1. 1941)⁵⁰. Schüles Wohnsitz und Agitationsschwerpunkt

45 GLAK 236/338. Die Reichstagswahl am 20. Mai 1928 in Baden, bearb. und hg. vom Badischen Statistischen Landesamt. Karlsruhe 1928. S. 60 f. Die Reichstagswahl am 14. September 1930 in Baden, bearb. und hg. vom Badischen Statistischen Landesamt. Karlsruhe 1930. S. 51 f. Die Reichstagswahl am 31. Juli 1932 in Baden, bearb. und hg. vom Badischen Statistischen Landesamt. Karlsruhe 1932. S. 29.

46 Zitat siehe *Weber* (wie Anm. 15), S. 501 ff.

47 *Falter* (wie Anm. 42), S. 186 ff. und 220.

48 *Raberg*, Handbuch (wie Anm. 7), S. 957 f. *Weber* (wie Anm. 15), S. 395–403.

49 *Gawatz* (wie Anm. 18), S. 308.

50 Joachim Lilla:(Bearb.), Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933–1945. Ein biographisches Handbuch. Unter Einbeziehung der völkischen und nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten ab Mai 1924. Unter Mitarbeit von Martin Döring und Andreas Schulz. Düsseldorf 2004. S. 592 f. *Raberg*, Handbuch (wie Anm. 7), S. 838. *Weber* (wie Anm. 15), S. 422.

lag im Oberamt Gaildorf, wo die Hitlerpartei bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 mit 50,4% ihr vierbestes Ergebnis unter den 62 Oberämtern erzielte, gleichauf mit dem Öhringer Bezirk (Landesmittel: 30,5%). Bei den Landtagswahlen, wenige Wochen zuvor, war der Gaildorfer Bezirk (43,3%) an dritter Stelle landesweit (Durchschnitt: 26,4%) gelegen⁵¹.

Der Bauernbund, noch viel weniger die auf Hugenberg-Kurs einschwenkende Bürgerpartei, grenzte sich nicht entschieden von den Nationalsozialisten ab. Vielmehr gab es inhaltliche und organisatorische Übereinstimmungen. Durch den gemeinsamen Einsatz für ein Volksbegehren gegen den Young-Plan 1929 machte der Bauernbund die NSDAP salonfähig.

Auch im Jungbauernbund organisierte man sich nach dem Führerprinzip in Ortsgruppen und grüßte sich mit ‚Heil‘; damit waren die Grünhemden nur noch farb-

Land 9 / 11

Reichspräsidentenwahl

Theodor Duesterberg Oberstleutnant a. D., Halle a. d. Saale	○
Paul von Hindenburg Reichspräsident, Generalfeldmarschall, Berlin	○
Adolf Hitler Regierungsrat im braunschweigischen Staatsdienst, München	○
Ernst Thälmann Transportarbeiter und M. d. R., Hamburg	○
Adolf Gustav Winter Betriebsanwalt, Großjena b. Naumburg a. d. S.	○

Stimmschein zum ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl am 13. März 1932⁵²

⁵¹ Mitteilungen des Württembergischen Statistischen Landesamts 1932. S. 181–240, 325–333.

⁵² StAL F 192 II, Bü 321.

lich von den Braunhemden zu unterscheiden. Dadurch erfuhren die Nationalsozialisten einen stetigen Zulauf im Kreis: von 2% 1928 auf 41% im Juli 1932 – einen Zulauf genau in dem Maße, wie der Bauernbund von 46 auf 16% schwand⁵³.

Der Bauernbund war eine klassische Mittelstandspartei, die von der Panik im alten Mittelstand aufgeschreckt wurde; er propagierte selbst die Vorstellung von der außerordentlichen Bedeutung des heimatverbundenen Bauerntums, die passgenau mit der Blut- und Boden-Ideologie der NS-Agrarideologen kompatibel war. Daher gab es eine weiche Flanke des ländlich-protestantischen Milieus, das beim Übertritt vom Bauernbund zur NSDAP, vor allem in Gestalt der jüngeren Generation, seinen Fürsprecher austauschte, ohne sich selbst aufzulösen. Um es auf eine Formel zu bringen: das Milieu wechselte seinen Wirt!

Ein bezeichnendes Schlaglicht auf die aggressiv antidemokratische und nationalistische Politik von Bauernbund und Bürgerpartei, die der NSDAP zuarbeitete, hatte bereits die Reichspräsidentenwahl 1932 geworfen. Da die Weimarer Parteien, maßgeblich das Zentrum und die SPD unter Vermittlung des Reichskanzlers Heinrich Brüning (Zentrum), den Amtsinhaber Hindenburg unterstützten, votierten die protestantischen Anhänger der Bürgerpartei und des Bauernbunds – für den katholischen (!) Hitler. Den größten Zuspruch erfuhr der NSDAP-Kandidat in Hollenbach (87,6%), Orendelsall (87%), Schwöllbronn (86,5%), Kocherstetten und Mangoldsall (jeweils 86,4%), Eberbach (85,1%), Hermuthausen (82,1%) sowie Forchtenberg (81,9%)⁵⁴.

Betrachtet man den Aufstieg der braunen Bewegung genauer, so entpuppt sich das Bekenntnis der Wähler als das entscheidende Kriterium für das Ausmaß des NSDAP-Wahlerfolgs. Protestanten waren weitaus anfälliger gegenüber der NSDAP als Katholiken, wie die Karte zur Erdrutschwahl am 31. Juli 1932 belegt. Mit Ausnahme des badischen Gommersdorf und von Krautheim (29 bzw. 18%) erhielten die Nationalsozialisten in keiner katholischen Kommune mehr als 11%; in Laibach, Simprechtshausen, Ober- und Unterginsbach stimmte gar niemand für die Hitlerpartei. Dagegen lagen deren Hochburgen teils in geschlossenen evangelischen Gebieten, wie sie das Oberamt Öhringen aufwies⁵⁵, wo die NSDAP jetzt die absolute Mehrheit erreichte. Dort, in den homogen protestantischen Gebieten in der Mitte und im Süden des Kreises, konnten die Hitleranhänger ihre Spitzenresultate erzielen. Dabei ragten Orendelsall (90%), Hermuthausen (85%), Dörrenzimmern (79%), Laßbach (76%) und Untersteinbach (74%) heraus⁵⁶.

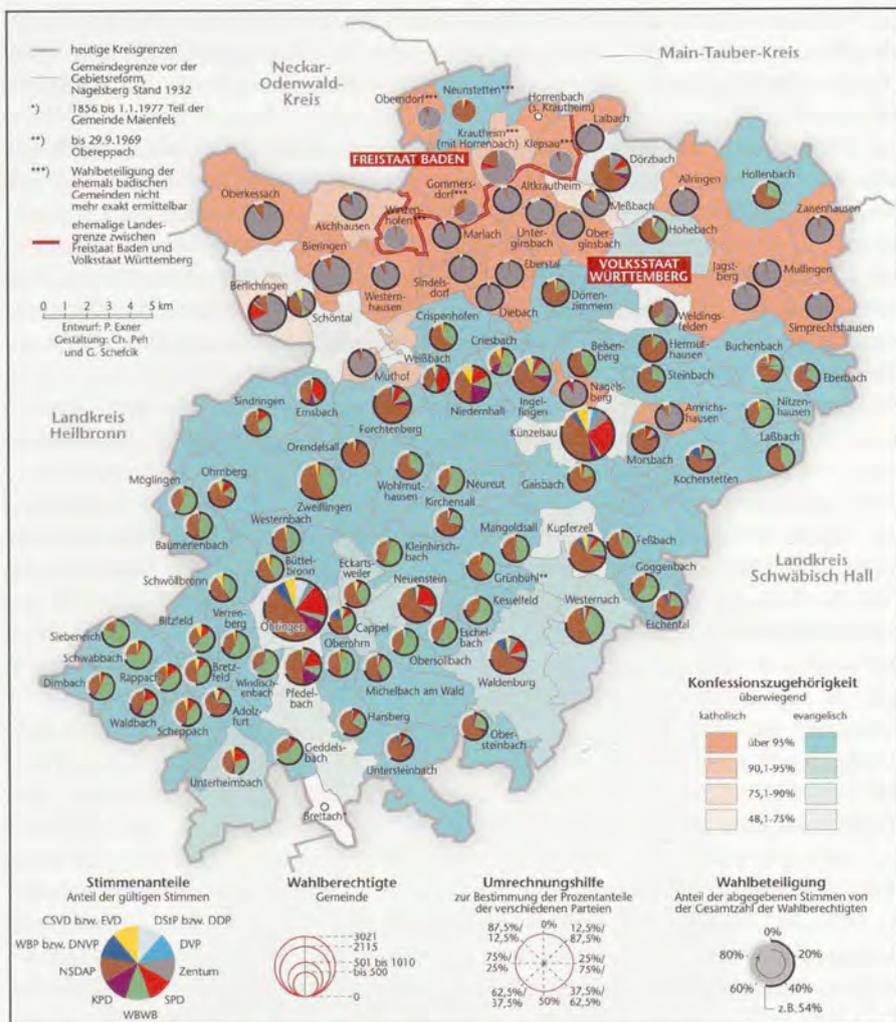
Zwar nahmen im November 1932 die NSDAP-Erfolge kreisweit ab (32%), doch

53 StAL F 177 II, Bü 53 sowie F 192 II, Bü 329.

54 StAL F 177 II, Bü 1 sowie F 192 II, Bü 321 f.

55 Während bei der Volkszählung 1925 im OA Öhringen 94,3% der Bevölkerung evangelisch waren, traf dies im Oberamt Künzelsau auf nur 56,7% zu; Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde 1936/37. S. 248 f.

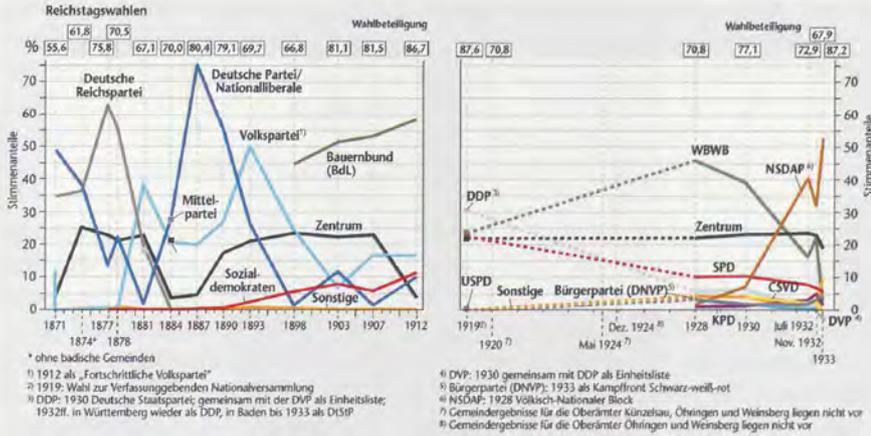
56 StAL F 177 II, Bü 53 sowie F 192 II, Bü 321 f.



Hohenlohe Reichstagswahl 1932

Ergebnisse der Reichstagswahl am 31. Juli 1932

bei der halbdemokratischen Märzwahl 1933 sicherte sich die Hitlerpartei die absolute Mehrheit (53%); das Öhringer Ergebnis von 64% für die NSDAP war abermals das viertbeste unter den 62 Oberämtern. Dort schrumpfte der Bauernbund von 35 auf 0,1%, auch die übrigen Parteien fielen außer dem Zentrum (36% im OA Künzelsau) aus. Einziger Gewinner neben der NSDAP war deren Koalitionspartner, die Bürgerpartei, die jetzt als Kampffront Schwarz-weiß-rot angetreten war. Im Öhringer Oberamt stimmten für das Bündnis aus NSDAP, Bürgerpartei und Bauernbund sieben von zehn Wählern.



Wahlerfolge der NSDAP (rechte Graphik)

Analysieren wir an dieser Stelle die Funktion der Sozialmilieus: Diese erwiesen sich als exklusiv; man spricht hier von einer „Versäulung“ der Gesellschaft und lenkt damit den Blick auf die Starrheit der sozialmoralischen Milieus⁵⁷. Diese waren eher nach innen, an die eigenen Mitglieder gerichtete Referenz- und Kommunikationssysteme als nach außen adressierte, in die Gesellschaft hinein geöffnete Gemeinschaften. Die einzelnen Milieus bestanden untereinander eher in Konfrontation, bestenfalls in Koexistenz, selten aber in Kooperation: die Arbeiterschaft war gespalten – die KPD bezichtigte die SPD des Sozialfaschismus –, in evangelischen Gemeinden galt das Zentrum als nicht wählbar, den Katholiken wiederum waren die Arbeiterparteien zu antiklerikal, und mit den Liberalen war man traditionell in der Schulfrage zerstritten.

Trotz der Erkenntnis um die Notwendigkeit einer solchen Öffnung, die ihren Vorfeldorganisationen Austausch und Kompromisse ermöglicht hätte, vermochten die Milieus diese nicht zu leisten. Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts rumorte es deshalb im Zentrum, als fortschrittliche Mitglieder wie Julius Bachem forderten: „Wir müssen aus dem Turm heraus“⁵⁸. Dies gelang jedoch weder dem

57 Der Begriff der „Verzuiling“ stammt aus der niederländischen Soziologie und Politikwissenschaft.

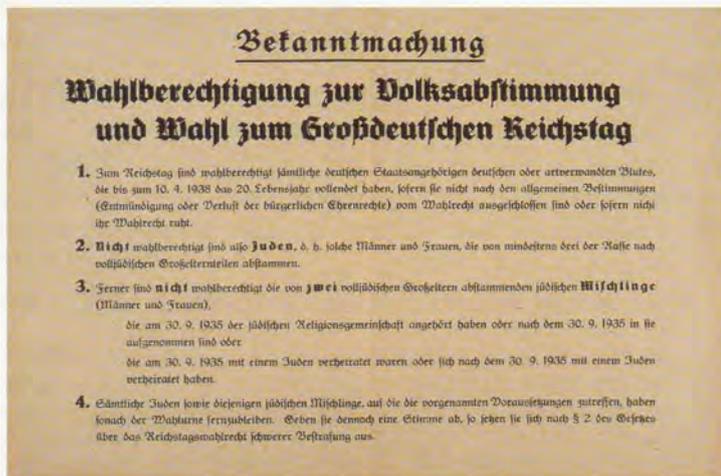
58 Der Jurist und Journalist Julius Bachem, Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses 1876/91, löste mit seiner Streitschrift „Wir müssen aus dem Turm heraus“, in: Historische Politische Blätter 137/1 (1906), den Richtungsstreit im deutschen Katholizismus zwischen Integralisten und Modernisten aus. Letztere, auch Kölner Richtung genannt, können als eine Keimzelle einer interkonfessionellen, bürgerlichen, christlich-demokratischen Volkspartei angesehen werden; Lexikon der christlichen Demokratie in Deutschland, hg. von Winfried Becker, Günter Buchstab, Anselm Doering-Manteuffel, Rudolf Morsey im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung. Paderborn 2002. S. 184f., 253, 294, 347. Siehe auch Julius Bachem: Wir müssen aus dem Turm heraus! In: Ludwig Bergsträsser (Hg.): Der politische Katholizismus, Band 2. Hildesheim/New York 1976 (Nachdruck der Ausgabe München 1921–23). S. 332–341.

Zentrum, noch einer anderen Milieupartei, was sich spätestens 1932/33 als verhängnisvoll erweisen sollte. Denn eine Kooperation unter den demokratischen Parteien wäre notwendig gewesen, um die braune Bewegung einzudämmen.

3. Volksabstimmung oder Wahl – die NS-Zeit

Beobachtungen zu den politischen Orientierungsmustern und zur Parteienlandschaft in der NS-Diktatur sind wenig ergiebig. Denn die so genannten Volksabstimmungen der Jahre zwischen 1933 und 1938 waren keine Wahlen demokratischer Lesart, weil sie erstens Personengruppen aus doktrinären oder rasseideologischen Gründen von ihrem Recht auf politische Mitbestimmung ausschlossen. Seit der Verkündung der Nürnberger Gesetze von 1935 wurde Juden und einem Teil der als Mischlinge definierten Personen das Wahlrecht entzogen.

Zudem fanden bei solchen Urnengängen keine geheimen und freien Stimmabgaben statt. Schließlich erfüllten alle diese Stimmabgaben nicht das für eine demokratische Wahl entscheidende Kriterium der Aus-Wahl, wie es der Stimmschein zur so genannten Wahl zum Reichstag für Freiheit und Frieden am 29. März 1936 verdeutlicht. Dieser Abstimmungsmodus beschönigte nebenbei das Wahlergebnis, da abweichende Voten (Nein-Stimmen) als ungültige Stimmen gezählt wurden. So erklärt sich auch der formal hohe Zustimmungsgrad bei Volksabstimmungen für das NS-Regime.



Bekanntmachung zur sog. Wahl zum Großdeutschen Reichstag 1938⁵⁹

59 StAL F 192 II, Bü 331.



Ein Künzelsauer Stimmlokal um 1938⁶⁰



*Stimmzettel für die Reichstagswahl 1936 im Wahlkreis 31
des Deutschen Reiches⁶¹*

60 StAL PL 502/23.

61 StAL F 192 II, Bü 330.

4. Neubeginn und Entsäulung – die politische Landschaft in der Bundesrepublik

Eine der Lehren, welche die deutsche Gesellschaft aus der NS-Zeit zog, war, dass das demokratische Debakel von 1932/33 sich um keinen Preis wiederholen darf – das war die feste Überzeugung im Bürgertum wie in der Arbeiterschaft. Nach 1945 öffneten sich beide Milieus und fanden heraus aus ihrem Turm. Besondere Bedeutung kam dabei den Parteigründungen in der Bundesrepublik unter amerikanischer Ägide zu.

Die amerikanische Militärverwaltung bevorzugte eine übersichtliche Parteienlandschaft. Am 27. August 1945 schrieb der kommandierende Offizier der Militärregierung dem Öhringer Landrat Dr. Fritz Eppinger, dass „mit sofortiger Wirkung ... alle demokratischen politischen Parteien mit Versammlungs- und politischem Diskussionsrecht in ganz Deutschland ausgestattet und befürwortet“ würden. Genehmigungsgesuche für die Bildung demokratischer politischer Parteien zum Zweck politischer Betätigung waren „bei der Mil(itär)Reg(ierung) unter Verwendung eines bei der Mil. Reg. Öhringen erhältlichen Antragsformulars zu stellen“⁶².

Die parteipolitische Personifizierung des demokratischen Wiederanfangs war die Union. Sie stand wie keine andere Partei für die den Wiederaufbau in der Nachkriegszeit prägende Erneuerung: sie symbolisierte die Modernisierung unter konservativen Vorzeichen⁶³. Einerseits knüpfte die Union dabei – vor allem in den katholischen Gebieten des Kreises – an das Zentrum und seine Vorfeldorganisationen im katholischen Milieu an. Andererseits war die CDU ein genuines Kind der Besatzungszeit: In den Kreisen Künzelsau und Öhringen führte ein überdurchschnittlicher Vertriebenenanteil dazu, dass die Neubürger angesichts des alliierten Verbots der Gründung von Flüchtlingsparteien in die Union strebten, um dort ihre Interessen zu artikulieren. Den Vertriebenen fiel die Anbindung an die interkonfessionelle CDU leichter als den Einheimischen, welche die Union verschiedentlich als katholische Partei wahrnahmen.

In Nordwürttemberg gründeten ehemalige Politiker des Zentrums, des Christlich-Sozialen Volksdiensts (CSVD) und des Weingärtner- und Bauernbunds in

62 StAL FL 20/14, Bü 347. Der Jurist Eppinger, DVP-Mitglied, wurde am 30. 4. 1945 von der Militärregierung bestellt und versah sein Amt vom 1. 5. 1945 bis zum 31. 3. 1946, als er Präsident des Heilbronner Landgerichts wurde, wozu er bereits am 25. 10. 1945 ernannt worden war; StAL FL 20/14, Bü 129–132. Siehe auch Amtsvorsteher (wie Anm. 2), S. 71 und 238.

63 Christoph Kleßmann: Ein stolzes Schiff und krächzende Möwen. Die Geschichte der Bundesrepublik und ihre Kritiker. In: Geschichte und Gesellschaft 11 (1985) S. 476–494, Zitat S. 485. Peter Waldmann: Die Eingliederung der ostdeutschen Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft. In: Josef Becker, Theo Stammen, Ders. (Hg.): Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz. München 1979. S. 163–192, Zitat S. 188. Hans Günter Hoekerts: Ausblick. Bürgerliche Sozialreform nach 1945. In: Rüdiger vom Bruch (Hg.): Weder Kommunismus noch Kapitalismus. Bürgerliche Sozialreform in Deutschland vom Vormärz bis zur Ära Adenauer. München 1985. S. 245–273.

Stuttgart zunächst die Christlich-Soziale Volkspartei (CSVP, 25. 9. 1945), die auf ihrer ersten Landestagung ihren Namen in Christlich-Demokratische Union änderte (13. 1. 1946). In Öhringen warb der ehemalige Reichstagsabgeordnete des Christlich-Sozialen Volksdiensts (1929/33), Wilhelm Simpfendörfer, der spätere Kultminister von Württemberg-Baden (20. 12. 1946–30. 3. 1947) und Landesvorsitzende der CDU-Nordwürttemberg 1948/50, im Wahljahr 1946 für die neue Partei, als er sich am 10. Februar 1946 mit dem ehemaligen Bauernbündler sowie hohenlohischen Bauern und Bürgermeister Heinrich Stooß, dem späteren Minister für Ernährung und Landwirtschaft von Württemberg-Baden (16. 12. 1946–5. 12. 1950), der Frage stellte „Was will die Christlich-Demokratische Union?“ und Überzeugungsarbeit für den Zusammenschluss leistete. Auch der erste CSVP- bzw. CDU-Vorsitzende (25. 9. 1945–13. 1. 1946 bzw. 13. 1.–31. 12. 1946), Josef Andre, der Wirtschaftsminister Württemberg-Badens (24. 9. 1945–31. 5. 1946), der als Reichstagsabgeordneter (1919/28) wie Gröber,

Christlich-Demokratische Union
Kreisgruppe Öhringen

Groß- Versammlung

Am Sonntag, den 10. Februar 1946, nachmittags 2 Uhr findet im Saale des Bahnhofs in Öhringen eine Werbeversammlung statt mit dem Thema

„Was will die
Christlich-Demokratische Union?“

Die Beantwortung dieser Frage erfolgt durch die Redner:

1. Herr Studiendirektor **Wilhelm Simpfendörfer**, Korntal
ehemaliger Abgeordneter des Christlichen Volksdiensts
2. Herr **Heinrich Stooß**, Bauer u. Bürgermeister, Radelstetten

Arbeiter, Bauern, Beamte, Angestellte, Männer, Frauen, insbesondere die Jugend beiderlei Geschlechts sind alle herzlich eingeladen.

Christlich-Demokratische Union
Kreisgruppe Öhringen

Vizebürgermeister: Herr Linderberger, Herr

Reichsdruckerei B. G. Schulz, Ulm (am 10. Febr. 1946)

Werbeplakat der Union in Öhringen im Jahr der ersten demokratischen Wahlen seit 1932⁶⁴

Kiene und Matthias Erzberger an der Spitze des katholischen Vereinswesens und des politischen Katholizismus vor 1933 gestanden hatte⁶⁵, und der Stuttgarter Rechtsanwalt Dr. Mold traten auf einer Werbeversammlung am 14. April 1946 vor den Kreistagswahlen (28. 4. 1946) und der Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung von Württemberg-Baden (30. 6. 1946) für die Union auf. Und kurz vor der Landtagswahl und der Volksabstimmung über die Verfassung (24. 11. 1946) machte Stooß, nunmehr als Landesdirektor, am 20. Oktober 1946 im Saal des Bahnhofs Wahlkampf für seine Partei⁶⁶.

So gelang der Union, was bis 1945 keiner bürgerlichen Partei geglückt war. Sie überschritt die vier Sozialmilieus, die die Gesellschaft bis dahin entscheidend prägten. Sie vermochte Klassen- und Konfessionsgegensätze zwischen Katholiken und Protestanten, zwischen Klein- und Großbürgern zu überbrücken. Als weltanschauliche Klammer einte die Union vor allem ihr antimarxistischer Reflex, der sie zunächst über konfessionelle Konflikte, später auch über die säkulare Entchristlichung hinaus trug und auf Dauer ihre Selbst- und Fremdwahrnehmung als katholische Partei verdrängte. Die Union verstand sich als christlich-antikommunistische Volkspartei der Mitte; sie war und ist also im Kern die antisozialistische Sammlungsbewegung des Bürgertums⁶⁷.

Die SPD vermochte relativ schnell an ihre Organisationsstruktur und Mitgliederbasis der Weimarer Zeit anzuknüpfen. Am Tag nach der Anerkennung aller Parteien beantragte die SPD-Kreisgruppe Öhringen am 18. Dezember 1945 bei der Militärregierung, ihre erste öffentliche Versammlung mit dem populären Sozialdemokraten und Innenminister Fritz Ulrich abhalten zu dürfen. Das ostzonale Muster vor Augen, schlug sie die Offerte der Kommunisten aus, sich zu einer Einheitspartei der Arbeiterbewegung zusammenzuschließen, nachdem die KPD ohne Wissen der SPD einen gemeinsamen Wahlvorschlag in Forchtenberg für die Gemeinderatswahlen im Januar 1946 eingereicht hatte. Kreisvorsitzender Adolf Mayer stellte gegenüber Landrat Eppinger „klar, dass dieser Wahlvorschlag nicht im Einvernehmen mit der Kreisgruppe der SPD erfolgt ist“. Hier schwang noch der Vorwurf der Weimarer Kommunisten mit, welche die Sozialdemokraten des ‚Sozialfaschismus‘ bezichtigt hatten. Indes entfaltete die Sozialdemokratie in Württemberg-Baden eine eher propagandistische als programmatische Kapitalismuskritik, die bei der ländlichen Eigentümergesellschaft Hohenlohes freilich wenig Anklang fand⁶⁸.

65 Gawatz (wie Anm. 18), S. 106f. Lexikon (wie Anm. 58), S. 180. Raberg, Handbuch, (wie Anm. 7), S. 11–14. Schwarz (wie Anm. 7), S. 609f.

66 StAL FL 20/14 Bü. 347. Zu Andre siehe Lexikon (wie Anm. 58), S. 61, 130, 180 sowie Haunfelder (wie Anm. 22), S. 293. Zu Simpfendörfer und dem CSVD siehe Lexikon (wie Anm. 58), S. 369, 468. Zu Stooß siehe Frank Raberg: Heinrich Stooß (1896–1971). Ein Ulmer Politiker zwischen Landtag und Landwirtschaft. Eine „parlamentarische“ Biographie. In: Ulm und Oberschwaben 51 (2000) S. 248–349.

67 Frank Bösch: Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945 bis 1969. Stuttgart/München 2001, bes. S. 73–108 und 139–194.

68 StAL FL 20/14, Bü 468.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Kreis Öhringen

Geschäftsstelle: Öhringen, Hohenlohestr. 16

Öhringen, den 18. Dezbr. 1945

An die
Militär-Regierung
Öhringen

Betreff: Öffentliche Versammlung der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands Kreis Öhringen, am Sonntag den 23. Dezbr. 1945
14.00 Uhr nachmittags in Öhringen Saal des Bahnhofs

Wir danken Ihnen für die uns mit Schreiben vom 10. Dezember 1945 erteilte Genehmigung zur Abhaltung der ersten öffentlichen Versammlung.

Der Vorsitzende unserer Partei hat Sie bereits am 15. d. M. mündlich davon verständigt, dass an Stelle des genehmigten Redners Otto Steinmeyer, Vaihingen, wie ursprünglich vorgesehen, der Parteigenosse Innenminister Frits Ulrich, Stuttgart, Innenministerium, sprechen wird.

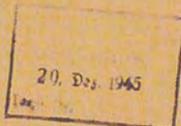
Die Genehmigung für den Redner Frits Ulrich hatten Sie bereits für den 16. Dezember 1945 erteilt gehabt.

Wir bitten deshalb die Militär-Regierung um Genehmigung, dass an Stelle von Steinmeyer, Ulrich am 23. Dezember 1945 spricht.

Sozialdemokratische Partei
Deutschlands
Kreis Öhringen
Der Vorsitzende:

Ad. Meyer

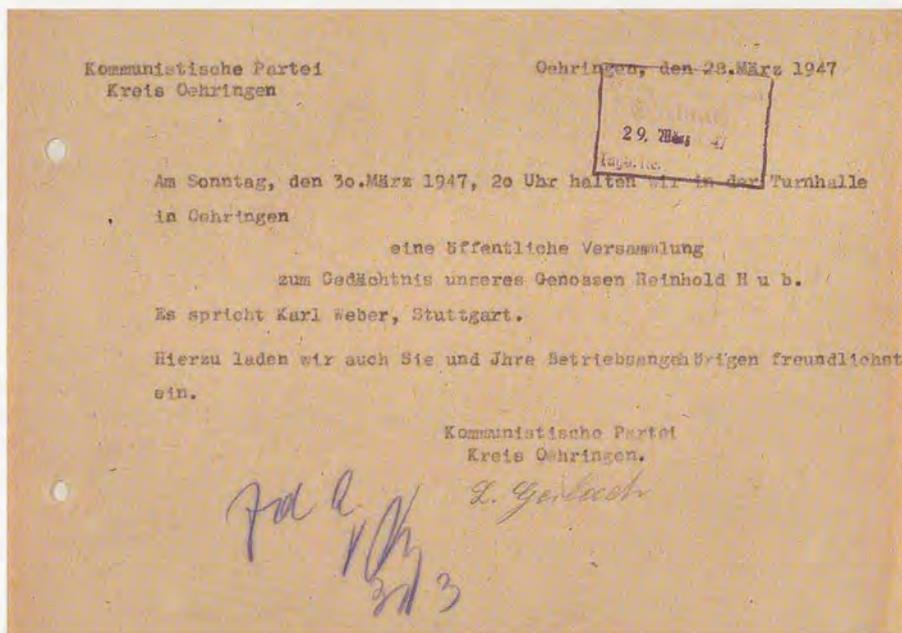
An den
Herrn Landrat
Öhringen
zur Kenntnisnahme.



Kol.
H. Parzen

Dank der SPD-Kreisgruppe für die Genehmigung der ersten öffentlichen Wahlveranstaltung nach dem Krieg⁶⁹

Der Öhringer KPD-Kreisausschuss hielt eine seiner ersten öffentlichen Versammlungen im Eisenbahnsaal, auf der Albert Buchmann, seit November 1946 Landesvorstand der KPD in Württemberg und Baden, für die Einheitsfront warb. Am 30. März 1947 kamen die Kader anlässlich der Ermordung des öffentlichen Klägers der Spruchkammer, des KPD-Vorsitzenden und Geschäftsführers des Gewerkschaftsbunds Reinhold Hub, zusammen. Nach anfänglichem Wohlwollen der Militärregierung stießen die Kommunisten aber mit ihrem zentralistischen Aufbau und ihrem antidemokratischen Gesellschaftsmodell auf immer größere Vorbehalte. Die gesamtstaatlichen und parteilichen Vereinigungspläne der stalinistischen Kaderpartei gerieten in Konflikt mit der dezentralen Deutschland- und Parteienpolitik der Amerikaner, und während des Koreakriegs (1950/53) ergriff die Polizei Maßnahmen, um den Anschlag des verbotenen KPD-Plakats „Korea den Koreanern – Deutschland den Deutschen“ in Öhringen zu unterbinden. 1956 erklärte das Bundesverfassungsgericht die KPD für verfassungswidrig; die Partei wurde aufgelöst⁷⁰.



Anzeige einer öffentlichen Versammlung der KPD⁷¹

70 StAL FL 20/14 Bü. 468. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts 5, 85, KPD-Verbotsurteil vom 17. 8. 1956.

71 StAL FL 20-14, Bü 347.

Die Liberalen schließlich fassten in Württembergisch Franken, traditionell eine ihrer Hochburgen, nur stockend wieder Fuß. Dies lag an der Militärbehörde, deren Konzeption einen Aufbau der Parteien von unten nach oben vorsah, was dem traditionellen Typus der liberalen Honoratiorenpartei zuwiderlief, und die lediglich eine liberale Partei neben der CDU zuließ. Zudem entfachte diese neue Mitte-Rechts-Sammlung, die auch das Erbe des Liberalismus für sich beanspruchte, im bürgerlichen Lager eine heftige Sogwirkung, der sich die kleineren Parteien nur schwer entziehen konnten. Schließlich rangen in der 1945 gegründeten DVP, seit 1948 FDP/DVP, als Erbe der kaiserzeitlichen Deutschen Partei und Volkspartei zwei Strömungen um das programmatische Profil der neuen Formation: eine nationalliberale und eine liberaldemokratische⁷². Besonderen Anteil an der Reformierung der Liberalen hatte der am 25. Dezember 1892 in Neureut im Oberamt Öhringen geborene Landwirt Friedrich Herrmann, wie Heinrich Stooß ein ehemaliger Bauernbündler, dort Vorstandsmitglied, der 1930, im Juli und November 1932 sowie im März 1933 für den Reichstag kandidiert hatte. Herrmann folgte Stooß im Amt des Landwirtschaftsministers von Württemberg-Baden (11. 1. 1951–25. 4. 1952) nach und bekleidete diesen Posten auch in der ersten Regierung von Baden-Württemberg (25. 4. 1952–30. 9. 1953). Herrmann saß für die DVP in der am 30. Juni 1946 gewählten Landesversammlung von Württemberg-Baden, der ersten allgemein, gleich, unmittelbar und geheim gewählten parlamentarischen Körperschaft seit fast 14 Jahren. Dort vertrat er mit dem Christdemokraten und Landwirt Friedrich Streckfuß den Wahlkreis 18 (Künzelsau-Öhringen). Auch den beiden Landtagen von Württemberg-Baden gehörte Herrmann an; bei der Wahl für den ersten Landtag am 24. November 1946 rückte Herrmann auf der DVP-Landesvorschlagsliste für den gewählten Theodor Heuss (Kultminister 24. 9. 1945–Dezember 1946) nach, der das Mandat für den Wahlkreis Heidelberg-Stadt annahm⁷³.

Einen besonderen Stellenwert in der Äußerung der politischen Orientierungs- und Verhaltensmuster hatte die erste Bundestagswahl am 14. August 1949. In dieser Richtungswahl der bundesrepublikanischen Parteien- und Wahlgeschichte ist die spätere Entwicklung grundgelegt⁷⁴. Da sich die gesellschaftliche Säkularisierung erst in den 1960er bzw. 1970er Jahren bemerkbar machte, spielte 1949 das Bekenntnis eine entscheidende Rolle beim Urnengang. Mehr als zwei von

72 Paul Hoser: Einleitung – Versuch einer vergleichenden Analyse der Entwicklungen und Strukturen im bayerischen Schwaben und den Südwestgebieten während der Besatzungszeit. In: *Ders.*, Reinhard Baumann (Hg.): Kriegsende und Neubeginn. Die Besatzungszeit im schwäbisch-alemanischen Raum (Forum Suevicum. Beiträge zur Geschichte Ostschwabens und der benachbarten Regionen; 5). Konstanz 2003. S. 13–59. Bösch (wie Anm. 67), S. 21–108.

73 Frank Raberg: Vom Bauernhof ins Ministerium. Friedrich Herrmann (1892–1954) – Annäherung an einen „vergessenen Politiker“. In: *WFr* 80 (1996) S. 223–296. *Ders.*, Handbuch (wie Anm. 7), S. 348 f. Weber (wie Anm. 15), S. 35.

74 Jürgen W. Falter: Kontinuität und Neubeginn. Die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn. In: *Politische Vierteljahresschrift* 22 (1981) S. 236–263.

Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung Württemberg-Baden
Wahlkreis Öhringen-Künzelsau

1	Christlich Demokratische Union: 1. Streckfuß, Friedrich, Bauer, Wohlmutshausen, Kreis Öhringen 2. Ehrler, Otto, Verwaltungsklar, Künzelsau, Austraße 11 3. Frey, Johann, Bauer und Bürgermeister, Belsenberg, Kreis Künzelsau 4. Steiner, Jakob, Weingärtner und Bürgermstr., Unterhöfen, Kr. Öhringen	<input type="radio"/>
2	Demokratische Volkspartei: 1. Herrmann, Friedrich, Bauer, Neureut, Kreis Öhringen 2. Haag, Friedrich, Sattlermeister, Künzelsau 3. Megerle, Adolf, Bauer, Neuenstein, Kreis Öhringen 4. Sotzer, Heinrich, Fabrikant, Künzelsau	<input type="radio"/>
3	Sozialdemokratische Partei: 1. Ulrid, Fritz, Innenminister, Stuttgart 2. Magsam, Jakob, Werkmeister, Öhringen 3. Brözel, Friedrich, Verkaufsleiter, Künzelsau 4. Weinstock, August, Arbeiter, Heilbronn	<input type="radio"/>
4	Kommunistische Partei: 1. Weber, Karl, Schlosser (Partisekretär), Stuttgart 2. Brändlein, Fritz, Landwirt, Niedernhall, Kreis Künzelsau 3. Hub, Reinhold, Schreiner, Öhringen	<input type="radio"/>

*Stimmschein für die Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung
Württemberg-Baden (30. 6. 1946)⁷⁵*

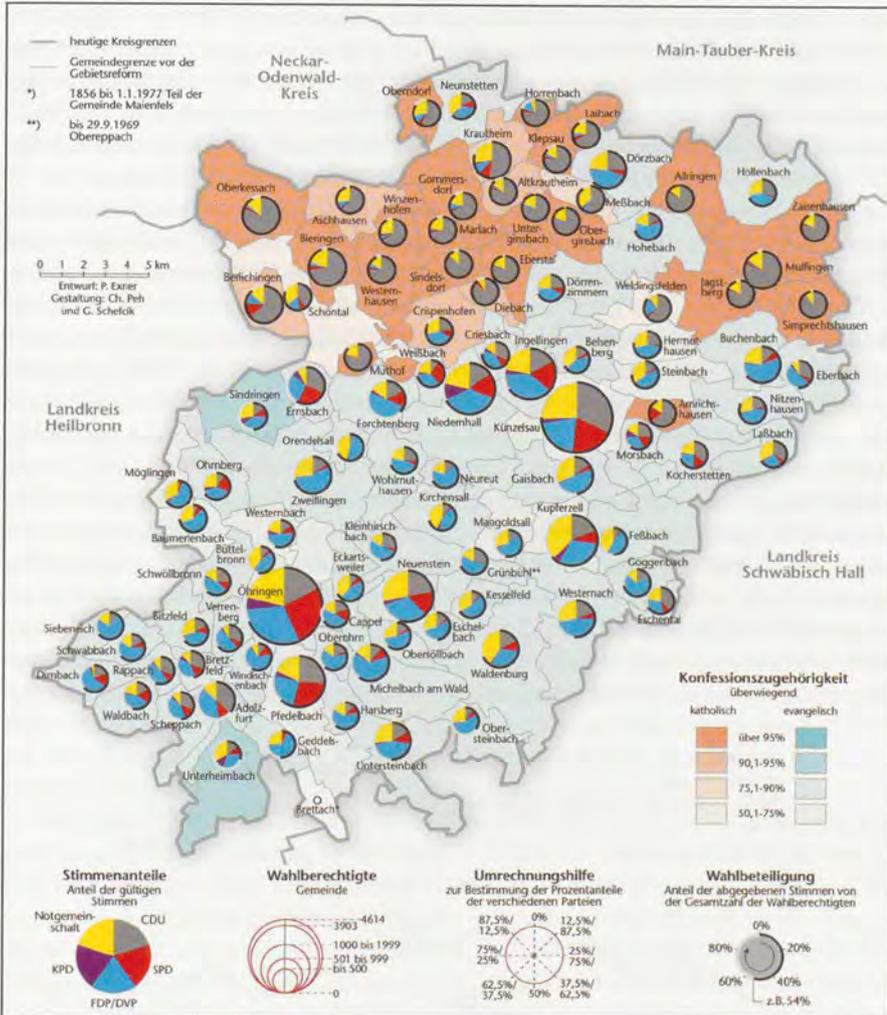
drei Kreiskommunen waren evangelisch, ein knappes Drittel war katholisch, was sich vor allem auf den Werdegang der Union auswirkte.

Die CDU ist von Anfang an die stärkste Partei im Kreis (35%), wengleich sie 1949 nur in einem Drittel (34) der 99 Orte den Spitzenplatz belegte. Von diesen Gemeinden waren allerdings mehr als vier Fünftel katholisch, wo die Union durchweg die absolute Mehrheit erzielte: Simprechtshausen (89%), Diebach (88%) und Ailingen (84%), was für ein konsistentes katholisches Milieu spricht. Neu war 1949, dass die Union – im Gegensatz zum Zentrum – nicht auf die katholischen Orte beschränkt blieb, sondern im protestantischen Milieu Fuß fasste (zwischen 32 und 37%). Dies gelang zumeist dort, wo in der Weimarer Zeit der CSVD beheimatet gewesen war: in der Stadt Künzelsau und den umliegenden Gemeinden Kocherstetten und Laßbach.

Die Mehrheit der evangelischen Orte (60 von 71) stimmte freilich nicht für die Union. Den protestantischen Wählern erschien die CDU zu katholisch und zu klerikal. Damals konnte man oft hören, die CDU sei nichts anderes als die Fortsetzung der Weimarer Katholikenpartei; schon das Parteienkürzel drücke dies aus, wenn man es richtig herum lese, nämlich rückwärts: „Und dennoch Centrum“⁷⁶.

75 StAL F 192 II, Bü 499.

76 Kurt Georg Kiesinger: Erlebnisse mit Konrad Adenauer. In: Dieter Blumenwitz u. a. (Hg.):



Hohenlohe Bundestagswahl 1949

Ergebnisse der Bundestagswahl am 14. August 1949

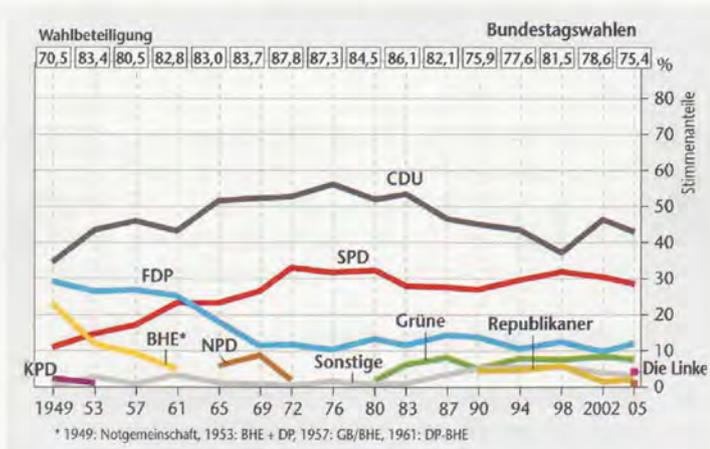
An Stelle der CDU setzten sich die Freidemokraten durch. Absolute Mehrheiten errangen die Freidemokraten in fast der Hälfte (42%) dieser Orte. Den regionalen Schwerpunkt bildeten der Kreis Öhringen und die ehemaligen Weinsberger Gemeinden mit den einstigen Bauernbundbastionen Siebeneich (70%), Neureut (68%) und Goggenbach (67%). Allerdings war das bürgerlich-liberale,

Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers, Bd. 1: Beiträge von Weg- und Zeitgenossen. Stuttgart 1976. S. 59–72, S. 62.

evangelische Milieu nicht so kohärent wie das katholische. Während letzteres in 20 von 28 Gemeinden (71%) zu Zwei-Drittel-Mehrheiten kam, gelang dies auf protestantischer Seite nur in vier Kommunen (7%). Ferner war das evangelische Milieu parteipolitisch nicht so einheitlich ausgerichtet. Neben den fünf Kommunen mit CDU-Mehrheit setzte sich in Pfedelbach auch die Sozialdemokratie (27%) durch – auf katholischer Seite gelang ihr das in keiner Kommune.

Die SPD wiederum, die sich auf dem Land traditionell schwer tat, war neben ihrem Spitzenreiter Pfedelbach auf ihre evangelischen Industrialisierungsinselfen entlang dem Kocher (Weißbach 30%, Ernsbach 26% und Ohrnberg 21%) sowie auf die Städte Künzelsau (20%) und Öhringen (26%) begrenzt – überall dort, wo mehr Erwerbstätige im verarbeitenden Gewerbe als in der Landwirtschaft arbeiteten. Einen noch schwereren Stand hatten die Kommunisten. Ihre besten Resultate erzielte die KPD in Unterheimbach (12%), wo der Auspendleranteil weit über dem Kreismittel (44 zu 16%) lag, und in ihrer althergebrachten Hochburg Niedernhall (10%), wo jede zweite Erwerbsperson ein Arbeiter war.

Die fünfte politische Formation war die Notgemeinschaft. Der Interessenvertreter der Kriegsoffer und Vertriebenen erhielt mehr als jede fünfte Stimme, was exakt dem Flüchtlingsanteil in den Kreisen (Künzelsau 23% und Öhringen 21%) entsprach⁷⁷. In vier Gemeinden konnte er die stärkste politische Kraft stellen: in Feßbach (42%), Kupferzell (38%) und Neunstetten (37%), wo die Vertriebenenquote überdurchschnittlich hoch war, oder in Waldenburg (41%), wo der Krieg einen hohen Blutzoll gefordert und außergewöhnliche Schäden angerichtet hatte.



Ergebnisse der Bundestagswahlen 1949/2005

77 Gemeinde- und Kreisstatistik Baden-Württemberg 1950, Teil 1: Regierungsbezirk Nordwürttemberg (Statistik von Baden-Württemberg; 3). Hg. v. Statistischen Landesamt Stuttgart. Stuttgart 1952. S. 66–75, 98–113.

Geographisch offenbarte sich regional ein Nord-Süd-Gegensatz. Der Norden des Kreises war überwiegend in der Hand der Union, während die Mitte und der Süden mehrheitlich die Freidemokraten unterstützten. Nördlich einer Linie von Ernsbach über Künzelsau nach Simprechtshausen votierten die Kommunen vornehmlich für die Union. Abzuziehen sind davon die evangelischen Orte, so dass die regionale Verteilung die konfessionelle Streuung widerspiegelt.

Zusammenfassend scheinen folgende Merkmale bei der Richtungswahl 1949 als ausschlaggebende Wahlkriterien auf: der Nord-Süd-Kontrast, die Rolle der Sozialmilieus und der Konfessionen. Sie bestimmten die Bahnen, in denen sich das Wahlverhalten entwickelte.

Bei den folgenden Wahlen kam die steigende CDU-Dominanz neu dazu. Seit Mitte der 1960er Jahre nahm die Union einen dominierenden Rang ein: In dem Maße, in dem die CDU ihre katholische Prägung abstreifte und damit für Protestanten zunehmend wählbar wurde, dehnte sich die CDU aus – vor allem auf Kosten der Freidemokraten und des Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE). Diese bürgerlichen Konkurrenten erlagen in den 1960er Jahren teilweise bis vollständig dem Sog der christlich-bürgerlichen Mitte. Indem einbindungsbereite Überläufer im Falle eines Parteiwechsels personelle und finanzielle Zugeständnisse erhielten, erreichte die CDU mit Hilfe des Adenauerschen Umarmungskurses, durch Patronagezusagen und ein effektives Spendenwesen, eine „Integration durch Großzügigkeit“⁷⁸. Die CDU wurde nun das, was sie ihrer Idee nach schon immer war: eine bürgerliche Sammlungsbewegung rechts der SPD (1976: 57%, 1983: 54%). Dies blieb sie unangefochten trotz des Verlusts der absoluten Mehrheit 1987 (47%) und des zweitschlechtesten Ergebnisses 1998 (37%).

Die FDP konnte sich bis Anfang der 1960er Jahre, als sie mehr als jeden vierten Wähler gewann, auf hohem Niveau halten. Ende des Jahrzehnts aber, als neben dem Koalitionswechsel 1969 besonders die Abwanderung evangelischer Wähler zur Union zum Stimmenschwund führte, fielen die Liberalen auf 11,4%. Dabei hatten es die Freidemokraten noch 1961, als die Verschleißerscheinungen der Adenauerära in der CDU hervortraten, vermocht, sich als bürgerliche Alternative anzubieten (25%), jedoch seit den 1970er Jahren sprachen sie nur noch jeden achten Wähler an und sanken 2002 weiter unter die Zehn-Prozent-Marke, die sie erst 2005 (11,9%) wieder übersprangen.

Die SPD, 1949 (10,8%) noch vierte Kraft, gewann bis 1972 stets an Zuspruch als Folge des Godesberger Programms (1959), das der Sozialdemokratie neue Wählerschichten in der bürgerlichen Mitte erschloss und den Wandel von einer klassenkämpferischen Milieupartei zu einer modernen Volkspartei vorantrieb⁷⁹. Bei der „Willy-Wahl“ 1972 erreichte die SPD mit 33,2% ihr bestes Resultat. In der

78 Bösch (wie Anm. 67), S. 174–194, Zitat S. 425.

79 Axel Kuhn: Die deutsche Arbeiterbewegung. Stuttgart 2004, S. 199–218, 272–288, 340 f., 345–348.

Folgezeit ging der Wählerzuspruch zurück (Tiefpunkt 1990 mit 27%). 1998 erzielte die SPD ihr zweitbestes Ergebnis (32%), das sie 2002 und 2005 aber nicht mehr wiederholen konnte.

Diese politischen Formationen bildeten die für die alte Bundesrepublik charakteristische Dreiparteienlandschaft ab. Zwar verzeichneten die KPD, der BHE und die NPD vorübergehend Erfolge, verschwanden danach aber wieder. Interessant ist hier die NPD: Sie sammelte in den 1960er Jahren rechtsextremistische Protestwähler und war in den protestantischen Gemeinden erfolgreich, wo bereits die NSDAP 1932/33 außerordentlich erfolgreich Stimmen gefangen hatte: 1969 erzielte die NPD ihre besten Resultate in Siebeneich (24%), Wohlmuthausen (20%) und Schwöllbronn (19%). Auch die Kreisergebnisse übertrafen den Landesdurchschnitt (4,5%) erheblich, in Künzelsau 7,7 und in Öhringen 10%. In keinem baden-württembergischen Kreis war die NPD erfolgreicher als in Öhringen (Mergentheim 8,7%, Crailsheim 7,7%).

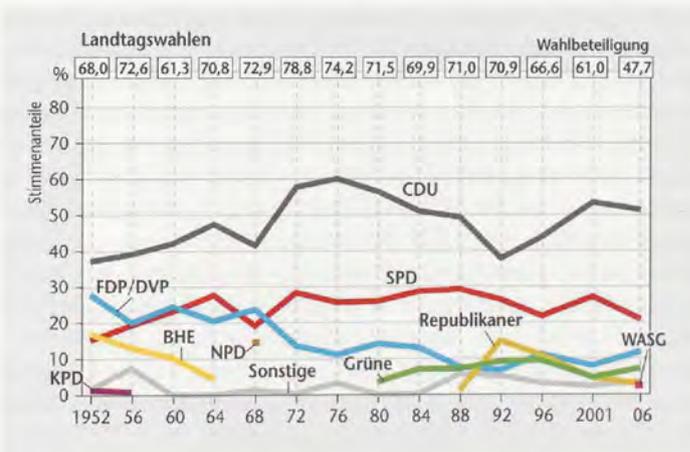
Seit den 1980er Jahren fächerte sich das Parteienspektrum von CDU, SPD und FDP erneut auf, diesmal um die Grünen, ein Jahrzehnt später um die Republikaner. Die Grünen überwandern von 1983 an (6%) stets die Sperrklausel außer 1990 (4,9%). Ihre Spitzenresultate erzielten sie bemerkenswerterweise nicht in den Städten, sondern in Waldenburg (1994/2005 12 bis 14%), Weißbach und Zweiflingen 1987 (10 und 11%). Die Republikaner überwandern nur 1998 die Fünf-Prozent-Hürde und zugleich das Landesmittel (4%). Erfolge gelangen ihnen am ehesten in den Orten mit ehemals starken NPD-Anteilen wie beispielsweise Bretzfeld oder Forchtenberg (je 6%), wo die NPD 19 Jahre zuvor in den heutigen Ortsteilen Siebeneich oder Wohlmuthausen auf 24 bzw. 20% gekommen war. 2002/05 fielen die Republikaner wieder auf den Rang einer Splitterpartei zurück.

Differenziert man die Entwicklung der Wahlergebnisse nach Gemeindetypen in Verbindung mit den Sozialmilieus und Konfessionen, ergeben sich folgende Leitlinien. Unter den Landgemeinden traten speziell die katholischen Kommunen als CDU-Hochburgen hervor. Gemessen am Gebietsstand der Gemeindeform, erreichte die Union dort in den 1950er Jahren drei Viertel der Wähler. In Krautheim und Schöntal (1953 74 bzw. 80%) sank danach zwar der Anteil der Union, fiel aber nie unter die 50-Prozent-Marke. In den protestantischen Landgemeinden traf die interkonfessionelle Union auf bürgerliche Konkurrenten, vor allem die FDP. Dort dauerte es bis Ende der 1960er Jahre, bis sich die CDU als Mehrheitspartei durchsetzen konnte. Vereinzelt erzielte in den evangelischen Orten auch die SPD Erfolge wie in Niedernhall, wo die Sozialdemokraten mehrmals vorn lagen (1961, 1969/80 und 1990/98).

In den Städten waren Sozialmilieus und konfessionelle Verhältnisse nicht so ausgeprägt und klar konturiert wie auf dem Land, beeinflussten die Wählerorientierungen freilich genauso. In Öhringen, der bevölkerungsreichsten Stadt, setzten sich 1949/53 die Liberalen an die Spitze, fortan jedoch nur noch die Union. In

der Kreisstadt Künzelsau, die konfessionell ausgeglichener war, dominierte sie von Anfang an.

Betrachtet man die Entwicklung der Wahlergebnisse der beiden Volksparteien, so stellt man fest, dass CDU und SPD bei den Bundestagswahlen sich in der Wählergunst zunehmend annäherten. Betrug deren Abstand 1953 fast 30 Prozentpunkte, so lagen Christ- und Sozialdemokraten 1998 nahezu gleichauf (37,4 zu 32%). Dies geht erstens darauf zurück, dass die FDP spätestens 1969 zu einer Kleinpartei geschrumpft war. Zweitens wurde die gesellschaftliche Versäulung, die vor 1933 geherrscht hatte, durch Krieg und Vertriebeneneingliederung aufgebrochen. Die Sozialmilieus, die bis dahin orientierungs- und handlungsleitend gewirkt und sich dadurch ausgezeichnet hatten, dass sie ihren Mitgliedern nach innen zwar positive Deutungsmuster geboten, sich nach außen aber negativ abgegrenzt hatten, büßten in der Nachkriegszeit immer mehr an Einfluss ein. So streiften auch ihre politischen Vorfeldorganisationen, Zentrum bzw. Union sowie SPD, ihre vormalig exklusive Isolierung ab: die CDU legte ihre dezidiert katholische Prägung ab und wurde für protestantische Bürger wählbar, die SPD verabschiedete sich von der sozialistischen Ideologie und weitete ihren Wählerkreis in nichtproletarische Kreise, in die bürgerliche Mitte aus⁸⁰.



Ergebnisse der Landtagswahlen 1952/2006

Die skizzierten Entwicklungen spiegelten sich auch in den Landtagswahlen wider, wenngleich mit signifikanten Unterschieden. Insgesamt zeichnete sich auch bei den Landtagswahlen der Wandel von Milieu- zu Volksparteien ab. Auch hier

80 Edgar Wolfrum: Französische Besatzungspolitik und deutsche Sozialdemokratie. Politische Neuansätze in der „vergessenen Zone“ bis zur Bildung des Südweststaates 1945–1952 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 95). Düsseldorf 1991. S. 83–168.

hat das Abschleifen der Milieustrukturen dazu geführt, dass das Wählerverhalten nicht mehr in traditionellen Bahnen verläuft sowie CDU und SPD allein um die Mehrheit ringen. Allerdings schnitt die Union hier im Mittel besser ab als bei den Bundestagswahlen und erreichte die SPD nicht die dortigen Werte. Während CDU- und SPD-Ergebnisse bei den Bundestagswahlen sich deutlich anglichen, hielten die beiden Volksparteien bei den Urnengängen im Land einen klaren Abstand zwischen 20 (1992) und fast 35% (1976). Dabei trat die CDU-Dominanz noch deutlicher zutage – allerdings zeitlich verzögert, dann aber nachdrücklicher. Erst in den 1970er Jahren erreichte die Union die Höhen von 50 und mehr Prozent, die sie bei Bundestagswahlen schon in den 1960er Jahren erklommen hatte, seit 1987 aber nicht mehr erreichte. Der SPD gelang es, sich nach 1964 als zweite Kraft zu platzieren, blieb mit ihren Resultaten stets unter 30% und damit unter den Werten auf Bundesebene.

5. Von der Milieu- zur Volkspartei, von der Klassen- zur Massenpartei – eine Zusammenfassung

In der Nachkriegszeit änderten sich die politischen Orientierungs- und Verhaltensmuster der Wähler ebenso entscheidend wie die Programmatik der Parteien. Bei den Äußerungen der politischen Orientierungs- und Verhaltensweisen ist in bundesrepublikanischer Zeit ein Abschleifen der Milieustrukturen zu erkennen, das den politischen und gesellschaftlichen Wandel bewirkte und beschleunigte. Auch hier hat die Entsäulung der Sozialmilieus dazu geführt, dass das Wählerverhalten nicht mehr in traditionellen Bahnen verlief und dass CDU und SPD sich zu Konkurrenten um die Mehrheitsverhältnisse entwickelten. Der Niedergang der konfessionellen, vor allem des katholischen Milieus, durch die stetige Entkonfessionalisierung und Säkularisierung der Gesellschaft zum einen und die Entproletarisierung der Arbeiter im Wirtschaftshoch der Bundesrepublik zum anderen trugen dazu bei, dass die traditionellen Bastionen geschliffen wurden. Wenngleich ihre Reste noch sichtbar sind, haben andere soziale Gliederungsfaktoren die Funktion übernommen, soziale In- und Exklusion zu definieren und die gesellschaftliche Position des Einzelnen festzulegen⁸¹.

Das Aufbrechen der starren Milieus wirkte sich auf die politischen Orientierungs- und Handlungsmuster aus. Man muss heute kein Arbeiter sein, um für die SPD zu stimmen. Man muss auch nicht mehr praktizierender Protestant oder kirchentreuer Katholik sein, um die Union zu wählen. Aus Klassenparteien wurden so Massenparteien, aus Milieuparteien Volksparteien.

Bei der Öffnung der Parteien spielten zwei Faktoren eine Rolle. Zum einen die Flüchtlinge. Sie verkörperten den gesellschaftlichen Neuanfang, denn aus ihrer

81 Hartmut *Berghoff* (Hg.): *Konsumpolitik. Die Regulierung des privaten Verbrauchs im 20. Jahrhundert*. Göttingen 1999, bes. S. 7–21.

kollektiven Erfahrung von Flucht und Vertreibung überschritten sie die bislang trennenden Konfessions- und Klassenbarrieren leichter. Dabei verdrängte der Antikommunismus als gemeinsame Klammer althergebrachte Vorbehalte und ließ die Neubürger auffallend oft die bürgerliche Sammlungsbewegung, die Union, wählen⁸².

Zum anderen ist die steigende soziale und regionale Mobilität zu nennen, welche die Individualmotorisierung und die Zunahme des Pendlerwesens, vor allem aber der landwirtschaftliche Strukturbruch hervorriefen. Der Strukturwandel brach die dörflichen Arbeits- und Lebensverhältnisse mit einer bislang nicht gekannten Radikalität um. Als Stichworte sind hier nur anzuführen: das Wohnen auf dem Land, das der Landhunger bauwilliger Städter auslöste, die Transformation von Bauerndörfern in entbäuerlichte Vor-Städte, in Schlaf- und Pendlerstandorte, die Degradierung der Bauern zu Randexistenzen in den Dörfern, die Angleichung der Lebensverhältnisse und des Konsumverhaltens in Stadt und Land – kurz: dies alles führte zu einem bis dahin unvorstellbaren „Landleben ohne Landwirtschaft“⁸³.

Die Angleichung der Lebensverhältnisse und des Konsumverhaltens in Stadt und Land führte zu einer ‚Entsäulung‘ der Gesellschaft oder, wie es der Soziologe Helmut Schelsky sagte, zu einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“, die weder bürgerlich noch proletarisch war und in der sich die Spannungen zwischen den Klassen verflüchtigten⁸⁴. Diese Umbrüche schlugen sich entscheidend im Wahlverhalten und in der Akzeptanz der zweiten deutschen Republik nieder, so dass Bonn bzw. Berlin letztlich nicht Weimar wurden.

82 Bösch (wie Anm. 67), S. 284–299. Peter Exner: Integration oder Assimilation? Vertriebenen-eingliederung und ländliche Gesellschaft – eine sozialgeschichtliche Mikrostudie am Beispiel westfälischer Landgemeinden. In: Dirk Hoffmann, Michael Schwartz (Hg.): Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Integration in der SBZ/DDR (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte; Sondernummer). München 1998. S. 57–88. Helga Grebing: Die Parteien. In: Die Bundesrepublik Deutschland, hg. von Wolfgang Benz, Bd. 1. Frankfurt 1983. S. 126–191.

83 Peter Exner: Ländliche Gesellschaft und Landwirtschaft in Westfalen 1919–1969 (Forschungen zur Regionalgeschichte 18). Paderborn 1997. Ders.: „Wenn die Frauen Hosen tragen und die Wagen ohne Deichseln fahren, dann ändern sich die Zeiten.“ Ländliche Gesellschaft in Westfalen zwischen Weimar und Bonn. In: Daniela Münkel (Hg.): Landwirtschaft, Agrarpolitik und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn. Göttingen 2000. S. 39–68. Ders.: Vom Bauerndorf zur Vorstadt. Metamorphosen der Landgemeinde nach 1945. Agrarmodernisierung und dörflicher Strukturbruch am Beispiel Westfalens. In: Clemens Zimmermann (Hg.): Dorf und Stadt. Ihre Beziehungen vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Frankfurt 2001. S. 245–267.

84 Helmut Schelsky: Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart, Dortmund 1953.